

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. Einzelne Nummern kosten 1 Mk. Fest- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. Geschäftsinserte werden nicht angenommen.

### Glück Auf!

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Bochum  
Druck und Verlag von J. Harnmann & Co., Bochum, Biemelshausstraße 38-42.  
Telefon-Nr.: Vorband 98, Expedition 80. Telegramm-Adresse: Arbeiterzeitung Bochum.

### Wider den „Soll“!

Fort mit dem „Soll“! Zu lange schon treibt er sein Spiel im Kohlenpacht, Und spricht dem Bergmannsleben Hohn! Und hegt zur wilden Kohlenjagd.

Ganz ebenso, wie Sainers Gold Im blut'gen Nibelungenfang, So ist auch hier der schöne Goldbar oft des Bergmanns Untergang!

Den Steiger zwingt der „Soll“ — er muß ihn liefern, fällt's auch noch so schwer, Und darum ist sein erster Gruß: Du, Kumpel, schaff mir Kohlen mehr!

Schaff Kohlen mehr, schaff Kohlen viel! Zwölf Wagen müssen heut' heraus! Zwölf Wagen sind kein Pappenstiel — Der Bergmann zieht die Stirne kraus.

Und doch, er muß — der Steiger hat Gewalt und ist im Strafen groß, Schafft er die Wagen ihm nicht glatt, So weiß er, ist der Teufel los.

Drum drauf und dran! Das Beil hat Ruh', Zeit bleibt ihm keine zum Verbau'n. — Die Hacke faßt nur immerzu — Zwölf Wagen Kohlen muß er hau'n.

Ob's ihm gelingt, und ob noch hält Die Firne über seinem Kopf — Wenn nicht, und wenn dieselbe fällt, So hat er Ruh', der arme Tropf.

Das macht der „Soll“! — Er riecht nach Mord! Wir sagen wahrlich nicht zu viel, Fragt nur die Knappen — darum fort Mit diesem blut'gen Prämienspiel! —

## Die Belegschaft der preussischen Bergwerke im Jahre 1910.

Diesmal sind die Berichte der Gewerbeinspektoren und Bergbehörden für Preußen als erste in unsere Hände gelangt. So weit sich beim flüchtigen Durchlesen ein Urteil gewinnen ließ, sind die bergbehördlichen Berichte ihrer wohl liebgekommenen Bewohnheit treu geblieben, die Werksbesitzer möglichst hoch zu loben, damit die „grundlosen“ Forderungen der Arbeiter um so verwerflicher erscheinen. Die Gewerbeinspektoren erkennen immerhin häufig den Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation für die Arbeiter an und machen oft kritische Ausführungen über gewerbliche Mißstände, ohne die Arbeiter ungerecht zu beschuldigen. In den Berichten der Berginspektoren liest man dagegen fast nur, daß die Werksbesitzer sich alle Mühe geben für die Wohlfahrt der Arbeiter, diese aber alle diese Bemühungen mit schönem Landauf dank belohnen. Und dann wundern sich die Herren Bergräte und -Inspektoren, wie wenig Bergarbeiter sich der Bergbehörde mit Vertrauen nahen. Einmal, als die staatlichen Bergbeamten die noch nicht privatkapitalistisch organisierten Betriebe auch zu leiten hatten, bestand zwischen Bergarbeiter und Bergbehörde in der Regel ein kameradschaftliches Vertrauensverhältnis, zum Vorteil beider Teile. Lang, lang ist's her!

Wir werden die Einzelberichte noch gebührend würdigen, wollen vorerst nur die Hauptzahlen aus der preussischen Bergarbeiterstatistik mitteilen. Die Bergbehörde berichtet, insgesamt seien 1910 im preussischen Bergbau 727 704 Arbeiter beschäftigt gewesen. Davon entfielen auf die Oberbergamtsbezirke:

Breslau	168 572	gegen 168 651 in 1909
Galle	68 775	68 028 „ „
Klausthal	21 745	22 098 „ „
Dortmund	346 763	342 157 „ „
Bonn	125 849	124 735 „ „

In zwei Oberbergamtsbezirken ist also eine Arbeiterabnahme eingetreten. Werfen wir einen Blick zurück, so bemerken wir folgende Entwicklung der Belegschaftsziffern: Es wurden Arbeiter im preussischen Bergbau beschäftigt:

Insgesamt	Davon waren	
	jüngliche	erwachsene weibliche
1895	378 655	10 546
1900	507 859	17 462
1909	723 669	26 198
1910	727 704	26 187

Die Zunahme der Belegschaften hat sich in den letzten Jahren verlangsamt, eine natürliche Folge der wegen der maßlos gesteigerten kapitalistischen Spekulation eingetretenen Ueberproduktion. Es unterliegt keinem Zweifel, daß insbesondere in den großen Kohlenbergwerksdistrikten ein Arbeiterüberfluß herrscht! Trotzdem sind unausgesetzt Agenten in Ostelbien und im Auslande in der Umwerbung von Bergarbeitern vornehmlich für das Ruhrgebiet tätig! Die Beherrschenden wollen einen ständigen Ueberfluß an Arbeitskräften, für den „Notfall“ eine arbeitswillige Reservearmee besitzen!

Von den 10 227 erwachsenen weiblichen Arbeitern waren 9235 im Oberbergamtsbezirk Breslau, davon über 8000 allein in Oberschlesien angelegt; außerdem schaffen hier 300 Mädchen von 14-16 Jahren. Also ist es immer noch das „allergrünlichste“ Oberschlesien, das Herrschaftsgebiet des „allerchristlichsten“ Grubenadels, wo trotz aller einmütigen Proteste der

organisierten Bergleute das schwache Weib im Bechendienste frondet. In Oberschlesien, wo sich die schwarzen „Fackeltäter“ so intim mit den Unternehmern stehen und den Lohnklassen bemühte Zufriedenheit predigen, dort allein kommt die Frauenarbeit auf den Berg- und Sittenerwerken hervorragend in Betracht.

Im Oberbergamtsbezirk Halle wurden 890 Mädchen und Frauen, im Bezirk Klausthal 18, im Ruhrgebiet 4 (Werden), im Sauerland, in Siegen-Kassau und in den rheinischen Erzbergwerksbezirken zusammen 411 beschäftigt. Oberschlesien stellt mit seiner Frauenausnutzung alle anderen Bezirke weit in den Schatten. Darum auch dort die große Armut der Arbeiterbevölkerung.

Zugendliche Arbeiter (von 14 bis 16 Jahren) in großer Zahl werden auch untertags beschäftigt im schlesischen Steinkohlenbergbau, über 2500, und im Mansfelder Kupfererzbergbau, fast 700! Die Zahl dieser schon nach kaum vollendetem 14. oder 15. Lebensjahr in die Grubentiefe steigenden Arbeiterkinder hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen! Trotzdem klagen die Unternehmer über „zu weit gehende Sozialgesetzgebung“. Sollten sie wohl zufrieden sein, wenn es wieder dazu kommt, daß schon Kinder im 6., 7. und 8. Lebensjahr unterirdische Bergarbeit verrichten dürfen, welche Kulturschande vor zwei Menschenaltern in England amtlich entkühlt worden ist? Als einseitige Eltern ihre Kinder bereits in so jungem Alter mit in die Grube schicken durften, da gerade lebte die Bergarbeiterbevölkerung in unbeschreiblicher Armut und schauerlicher Verrohung. Soll es wieder dahin kommen? Arbeiter, schütze deine Nachkommenschaft vor Vererbung! Schütze dich selber durch den Anschluß an den Bergarbeiterverband!

## Arbeiterverhältnisse in der Kaliindustrie.

Die Beauftragten und Mitglieder des Bergarbeiterverbandes in den Kalibergrubebezirken haben dort anfangs dieses Jahres eine Erhebung über die Arbeiterverhältnisse veranstaltet. Das Resultat dieser Erhebung veranlaßt unseren Kameraden Güe in seiner Reichstagsrede vom 21. März zu folgenden Ausführungen:

„Meine Herren, die Arbeiterfrage ist im Gesetz auch in einer bei uns ungewöhnlichen Weise geregelt worden, insofern, als hier zum ersten Male Vorschriften ergangen sind, die man, wenn sie selber verlangt wurden, als sozialdemokratische, umstürzlerische, die Industrie lähmende und so weiter bezeichnen würde. Das Gesetz hat in Bezug auf die Arbeiterverhältnisse den einen Vorteil gebracht, daß die früher üblichen Arbeiterentlassungen bei Uebertragungen von Quoten usw. jetzt nicht vorkommen. Das ist schon die Zustimmung zu diesem Gesetz wert, und ich muß im allgemeinen sagen: das Gesetz hat den Arbeitern, der Allgemeinheit keine Verschlechterung gebracht, sondern in einigen Punkten Verbesserungen. Darum haben wir auch für dieses Gesetz gestimmt.“

Anderes sieht es nun aber, wenn man auf den Paragraphen eingeht, der sich mit der Lohnfrage befaßt. Wir haben damals verlangt, man solle 10 Prozent Lohnzuschlag machen oder wenigstens 5 Prozent Zuschlag vorschreiben. Beide Anträge sind von der Mehrheit abgelehnt worden, der Mehrheit, die dem Syndikat die günstigen Bedingungen durch das Gesetz gebracht hat. (Hört! hört! bei den Soz.)

Wir haben weiter verlangt, daß durch einen Paragraphen die Einführung von Tarifverträgen erleichtert würde, was auch eine Anerkennung der Arbeiterorganisationen bedeutet hätte, wie ja auch das Unternehmerjndikat anerkannt ist. Auch dieser Antrag ist abgelehnt worden. Es wurde gesagt, der Antrag sei unzuführbar, er sei nicht gangbar und dergleichen. Da möchte ich feststellen, daß derjenige Herr von der Zentrumsfraktion, der damals in der Kommission saß, der als Arbeitersekretär mit den Tariffragen befaßt wurde, für unseren Antrag gestimmt hat, ein Beweis, daß der Antrag nicht so ungangbar gewesen ist, wie er später hingestellt worden ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Anfolge dieser Haltung der Mehrheit der Kommission ist es dahin gekommen, daß die Löhne der Kaliarbeiter trotz der von mir gekennzeichneten glänzenden Ueberproduktion zurückgefallen sind, so gut wie stabil geblieben sind. Die Schichtlöhne sind zwar um 4, 5, 6, 8 Pfennig gestiegen; dafür ist aber die Leistung der Arbeiter um so mehr gestiegen. Es ist uns bis heute noch nicht gelungen, was ich auch feststellen möchte, trotz der damaligen Zusicherungen und freundlichen Worte der Herren von der Regierung einen Tarifvertrag auf einem der Kaliberwerke abzuschließen. Augenblicklich ist ein Streit auf dem Kaliwerk in Scherzleben wegen eines Tarifvertrags im Gange. Ja, meine Herren, allen Angeboten von Verhandlungen setzt man ein hartes Nein entgegen. Auf alle Versuche, zu einer tarifarischen Vereinbarung zu gelangen, antwortet man: wir erkennen euch nicht an! Auf Grund des Vertrags, den wir zum Kaligeseh gestellt haben, hätte man die Anerkennung ausprechen müssen. Aber, meine Herren, etwas anderes ist geworden: während wir hier verhandeln, ist vielleicht auf dem Kaliwerk in Scherzleben schon etwas Ähnliches wie in Moabit passiert, wenn nicht unsere Leute, diszipliniert, wie sie sind, die nötige Zurückhaltung üben. Anstatt daß man nämlich in Scherzleben eine Verhandlung mit uns zwecks Tarifabschluß zugestanden hat, läßt man die Leute in Streit treten und holt dann von den berüchtigten Siebenmonatskinder, den Siebengarbisten, so viel als möglich heran. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Was sind die Folgen dieses Zustandes? Wir haben es in Moabit gesehen, wir sehen es bei dem Streit in Finckenherd bei Frankfurt, wo die Siebengarbisten aufstehen und die urentenden Arbeiter mit Revolvern bedrohen. Wir sehen es im Sauerland, wo die Kameraden, die im christlichen und im kirchlichen Dunderlachen Gewerbeverein, streiten; wir sehen es in Lothringen, in Saarabien, wo auch die christlichen Bergleute streiten, um ihr lärgliches Brot zu verbessern. Statt mit den Arbeiterorganisationen zu verhandeln, werden Siebengarbisten, unbeschreibliches Lumpengefindel wied herangezogen, um die Arbeiter niederzuwingen. Hier im Hause, in den Regierungsbureaus, brückt man den christlichen Arbeiterabgeordneten die Hand, erklärt ihnen, man treue sich, sie zu sehen, ladet sie auch ein; aber drauhen werden die christlichen Kameraden in derselben infamen Weise mit Siebengarbisten bekämpft wie die freien Gewerkschaften. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist eine Schmach und Schande, daß solche Siebengarbisten herangezogen werden, um braven Arbeitern in den Rücken zu fallen, und daß sich eine Behörde dazu hergibt, dieses Lumpengefindel zu unterstützen. Meine Herren, weil dem so ist, konnte das furchtbare Urteil gegen unseren Freund Fröhlich in Deuk wegen angeblichen Land-

friedensbruchs erfolgen. Fröhlich ist ein durchaus ruhiger, besonnener Mann; jeder, der ihn kennt, wird das Urteil ihm ausstellen. Wegen angeblichen Landfriedensbruchs ist er unschuldig zu nicht weniger als 2 Jahren 7 Monaten Gefängnis verurteilt worden. (Buruse: Wui! bei den Sozialdemokraten.) Ist das nicht Skandalös? Vergleichen Sie damit, wie die Angehörigen der besseren Gesellschaft, die Donner vorrufen, für schwere Vergehen geradezu mit Glacéhandschuhen angefaßt werden! Das ist das Skandalöse in unserer Situation: wir schaffen ein Gesetz, das ohne Zweifel einen Rahmen für die Neugründung eines mächtigen Syndikats bildet. Wir haben selbstredend nichts dagegen, daß sich die Unternehmer organisieren; wir erkennen in den Syndikaten eine folgerichtige Entwicklung unserer privalkapitalistischen Gesellschaftsordnung. Aber während wir den Syndikaten objektiv gegenüberstehen, den Unternehmern gar nichts in den Weg legen, sich zu organisieren, was geschieht da mit den Arbeiterverbänden? Auch der preussische Reichstag, der von den christlich-nationalen Arbeitern in Wienenburg eine Eingabe bekommen hat, die sich auf eine den Arbeitern günstige Auslegung des Gesetzes bezog, steht den Anträgen der Arbeiter ab. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Den christlichen Arbeitervertretern hier im Hause drückt man wohlwollend die Hand. Aber wie steht es drauhen? Fragen Sie die christlichen Arbeiter, was sie von dem Handbilde halten!

Unlängst ist in der „Mheinisch-westfälischen Zeitung“ ein Industrieller aufmarschiert, der hat den Arbeiterorganisationen den Vorwurf gemacht, sie hätten gar kein Verständnis für die Bedeutung der Syndikate, der Arbeitgeberorganisationen, und es sei doch so nötig, daß die bestünden. Meine Herren, wir haben wohl Verständnis für die Bedeutung der Syndikate, des Kohlenjndikats, des Kalijndikats, des Stahlwerkerverbandes usw. Wir haben wohl eine Empfindung dafür, wie sich die Herren danach fühlen, daß sie sich ihre Organisationen erneuern. Aber was haben die Herren für ein Empfinden für das Organisationsbedürfnis der Arbeiter? Das ist doch die Frage, auf die es ankommt. Gleiches Recht will der Arbeiter haben und Vertrauen gegen Vertrauen. Wie aber behandelt man die Arbeiter drauhen? Wie hat man das Gesetz von der Regierung, von den ausführenden Behörden gegenüber den Arbeitern ausgelegt? Lassen Sie doch einmal von dem Herrn Minister, von dem Herrn Unterkassenssekretär, der im vorigen Jahre die wohlwollenden Erklärungen für die Taxise abgegeben hat, ein einziges Kaliswerk nennen, wo ein Tarifvertrag abgeschlossen ist. Ist es auf den fiskalischen Werken geschehen? Auf nicht einem einzigen! Und wie traurig ist der Gegensatz zwischen den Miesseneinschüssen der Unternehmer, zwischen dem, was die Unternehmer durch das Gesetz an Organisationsmöglichkeiten gewonnen haben, und dem, wie den Arbeitern ihre Organisation erschwert wird.

Schließlich möchte ich noch sagen: wir haben im Monat Januar über die Arbeiterverhältnisse in der Kaliindustrie durch den Bergarbeiterverband eine Umfrage gehalten, und da will ich vorweg sagen, daß sich in Bezug auf die sanitären Einrichtungen die Kaliberwerke in mancher Beziehung insbesondere gegenüber den Braunkohlenwerken in der Lausitz usw. vorteilhaft unterscheiden. Es sind doch dank unserer Agitation und Ueberzeugungsarbeit eine Reihe von Kaliberbestimmern dazu gekommen, Wabebereitungen, Waschanstalten, Speiseräume usw. einzurichten, und wir sind die letzten, die das nicht anerkennen. Aber das ist nicht überall so. Auf einer ganzen Anzahl von Werken fehlt es an ausreichenden Einrichtungen dieser Art. Man hat manchmal trotz der großen Hitze nicht einmal für genügendes Trinkwasser gesorgt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wabebereitungen, Krugabreher für Verunflückte und dergl. kennt man auf manchen Werken nicht oder sie sind sehr mangelhaft. Sehr bewegt sind die Klagen der Arbeiter über die hohen Temperaturen in gewissen Kalischieften; sie gehen über 30 Grad hinaus. Da frage ich: wie steht es mit der Innenhaltung der Bergpolizeivorkämpfer, wonach bei Temperaturen über 28 oder 30 Grad nur 6 Stunden gearbeitet werden darf? Einige Kameraden schreiben uns, daß sie nur 6 Stunden arbeiten; aber andere sagen, daß sie 8, 10 und 12 Stunden inklusive Ueberstunden arbeiten. Ich möchte dringend bitten, daß sich die Regierung mit dieser Frage eingehend beschäftigt und bei der Vorlage der von uns beantragten Denkschrift darauf ganz besonders Rücksicht nimmt.

Nachdem ich Ihnen nun die Miesseneinnahme der Unternehmer, die durch das Gesetz nicht geschmälert worden sind, genannt habe, möchte ich Sie einladen, mit mir noch einen Gang durch die Kaliberwerke zu machen, um sich den Wohlstand der Arbeiter anzusehen. In den jüngeren Bezirken sind die materiellen Verhältnisse der Arbeiter verhältnismäßig einermäßig annehmbar; denn da haben die Arbeiter zum Teil noch einen kleinen landwirtschaftlichen Betrieb nebenbei und können sich ihre Bodenfrüchte selbst ziehen. Außerdem sind die jüngeren Werke in der Zahlung von Löhnen den älteren Werken manchmal voraus. Wenn ein Werk erst älter wird, und ein schaffter Stamm von Arbeitern vorhanden ist, dann kommt die Mediuzierung der Löhne auf den Durchschnitstand. In den alten Kaliberwerken in Verneburg, Staßfurt, Scherzleben, Westeregeln usw. werden Sie bei den Arbeitern Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse finden, die Sie bei den Miesseneinnahmen der Gesellschaften einfach für unmöglich erklären. Das ist der Fall bei einer Industrie, die auf den Kopf des Arbeiters so hohe Ueberflüsse hat. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist eben eine Tatsache, die nicht aus der Welt diskutiert werden kann: je länger die Industrie in einem Bezirke zu Hause ist, desto mehr geht, mindestens relativ, der Wohlstand der Arbeitermasse zurück. So ist es auch hier bei einer Industrie, wo Hunderte von Millionen allein lehrjährig hineingesteckt wurden in der Hoffnung, daß sich diese Anlagen, wenn sie auch heute noch durchaus überflüssig sind, doch hoch rentabel verzinsen.

Da drängt sich uns die Frage auf, die auch der Herr Kollege Spedmann angeregt hat: soll denn mit diesem Gesetz schon das Ende der Weisheit gefunden sein? Ich glaube das nicht; ich glaube im Gegenteil, wir können vor der Geschichte nicht die Verantwortung übernehmen, diesen ungeheuren uns von der Mutter Natur in den Schoß geworfenen nationalen Schatz, für dessen Verwendungsmöglichkeit ganz unabhägbare Ausflüchten vorhanden sind, für immer einer Gruppe von Privatkapitalisten zu überlassen. Unser Volk wächst Jahr für Jahr um 900 000 bis 1 000 000 Köpfe. Und schon taucht die ganze Frage der Ueberbevölkerung auf, schon wird davon geredet, wie sollen wir die Ernährung dieses Volkes durchführen? Nun ist gerade das Kali in Bezug auf die Erzeugung von Nahrungsmitteln von großer Wichtigkeit. Man weiß ja nicht, wozu dieser Naturreichtum im Interesse der Allgemeinheit noch verwendet werden kann. Unser Volk will doch nicht nur von heute auf morgen leben, will seine Geschichte nicht mit dem zwanzigsten Jahrhundert abschließen, sondern will auch für eine weitere Zukunft versorgt sein. Ich meine, da haben wir uns zu überlegen, ob bei der Revision des Gesetzes über den Kaliabst nicht dem Gedankengang, den ich gelegentlich der ersten Lesung zum Ausdruck gebracht habe, nachgegangen werden soll, nämlich: der Nationalabst gehört der Nation und darf nur von der Nation ausgebaut werden! Handeln wir in dieser Richtung, dann erfüllen wir auch unsere Pflicht als Volkvertreter. (Lebhaftes Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Am Schluß der Debatte wurde ein von Güe in der Budgetkommission gestellter, dort angenommener Antrag, der von der Regierung die Vorlage einer Denkschrift über die Entwicklung der Kaliindustrie und die Gestaltung ihrer Arbeiterverhältnisse fordert, vom Reichstag mit großer Majorität angenommen.



# Die Sicherheitsmänner und die Sozialdemokratie.

Unter vorstehender Ueberschrift läßt sich die „Köln. Ztg.“ einen Artikel schreiben, worin bewiesen werden soll, daß der Bergarbeiterverband die Sicherheitsmänner gegen die Arbeitgeber und deren Beamten in „gewissenloser“ Weise verhetzt. Schon einmal hat sich die „Köln. Ztg.“ mit diesem Thema beschäftigt, damals — es war im Nr. 218 vom 25. Februar d. J. — sollte durch Anführung gefälliger Zitate aus einer Broschüre, welche Anleitungen für die beim Bergarbeiterverband angehörenden Sicherheitsmänner enthält, der Nachweis erbracht werden, daß die Verbandsleitung die Sicherheitsmänner anweist, künstlich Mißstände auf den Gruben zu schaffen. Der Versuch ist der „Köln. Ztg.“ glänzend vorübergegangen. Wir weisen ihr ihre Fälschungen nach und beweisen auch mit Zitaten aus der Broschüre, daß die dem Verbandsangehörigen Sicherheitsmänner aufgefordert werden, ihre eigene Arbeitsstelle peinlich in Ordnung zu halten.

Damals haben wir an das Instandsgefühl der „Köln. Ztg.“ appelliert und erwartet, daß sie ihre Anschuldigung zurücknimmt. Darin haben wir uns getäuscht. Die „Köln. Ztg.“ hat ihre Anschuldigung nicht zurückgenommen und sie versucht jetzt mit den damals von uns richtig mitgeteilten Zitaten aus der genannten Broschüre zu beweisen, daß die Verbandsleitung das Bestreben hat, die Sicherheitsmänner gegen die Grubenverwaltungen zu verhetzen. Daß die Tätigkeit der Verbandsleitung so wenig wie bei anderen in dieser Angelegenheit den Weisfall der „Köln. Ztg.“ gefunden hat und findet, finden wir ganz selbstverständlich und die Verbandsleitung geht nach dem Weisfall auch nicht. Im Gegenteil, würde eine Maßnahme der Verbandsleitung die Zustimmung der „Köln. Ztg.“ finden, so dürfte dieselbe kaum den Interessen der Bergarbeiter dienlich sein. Die „Köln. Ztg.“ hat den Beruf, die Interessen des Geldbads zu vertreten, die Verbandsleitung dagegen hat den ehrenvollen Beruf, die Interessen der ausgebeuteten Bergarbeiter zu vertreten. Daraus ergibt sich die Gegenfährlichkeit der Anschuldigungen auch bezüglich der Sicherheitsmänner.

Daß der „Köln. Ztg.“ die Herausgabe einer Anleitung für die dem Verbandsangehörigen Sicherheitsmänner unangenehm ist, können wir verstehen. Denn es ist nicht so leicht, diesen Sicherheitsmännern ein X vor ein U zu machen, weil sie wissen, welches ihre Rechte und Pflichten sind. Aber zu dem Entschluß der Verbandsleitung, eine solche Anleitung für die Sicherheitsmänner herauszugeben, haben die Verhandlungen der Grubenbesitzer-Konferenz vom 6. Jan. 1909 im Palasthotel in Berlin ihr erheblich Teil beigetragen. In jener Konferenz haben sich die Grubenbesitzer mit brutaler Offenheit dahin ausgesprochen, daß sie beabsichtigen wollten, das Sicherheitsmänner-System zu einer „weißen Salbe“ zu machen. Wir gestalten uns, den Herrn und der „Köln. Ztg.“ folgende Auslassungen noch einmal ins Gedächtnis zu rufen. Herr Geheimrat Hilger gab den Grubenbesitzern in jener Konferenz auch „Anleitung“, wie sie sich gefügige Sicherheitsmänner schaffen könnten, er führte unter anderem aus:

„Wenn man nun nach den Erfahrungen fragt, kann man sagen, daß die Arbeiterkontrolloren genau das gehalten haben, was wir uns von ihnen versprochen. Es sollte die ganze Sache meinem Willen nach weiße Salbe sein und es ist auch weiße Salbe geblieben.“

Wie die Verhältnisse in Saarbrücken lagen, hatte jeder Bergwerksdirektor genau den Arbeiterauschluß, den er verlangte. Wenn er sich darum bekümmerte, konnte er die Leute hineinwählen lassen, die ihm paßten, und wenn ihm welche nicht paßten, dann konnte er sie einfach in eine andere Steigerabteilung versetzen. Dann konnte man wenigstens immer nur einen Wiederbelegter wählen, denn jede Steigerabteilung kann nur einen Vertrauensmann aus ihrer Mitte wählen, und wenn sie zehn solcher Leute hatten, die ihnen nicht paßten, konnten sie den ganzen Arbeiterauschluß in eine einzige Steigerabteilung zusammenlegen, dann war von den ganzen Leuten nur ein einziger wählbar. Das waren Sachen, die man in Saarbrücken ohne Schwierigkeiten machen konnte.“

Wenn man aber glauben wollte, daß die Sicherheitsmänner in Saarbrücken irgendwie dazu beigetragen hätten, Unfälle zu verhüten, so ist das selbstverständlich ein Aberglaube. Es hat sich herausgestellt, daß bei allen Befahrungen, die sie vorgenommen haben, stets mit verhängnisvollen Ausnahmen ins Jahrbuch eingeschrieben worden ist: „Alles in Ordnung befunden.“

Wenn Sie mich nun nach dem Erfolg fragen, so kann ich nur sagen: es ist weiße Salbe gewesen und es ist weiße Salbe geblieben. Die eine Befahrung, die Herr Bergarzt Kleine äußerte, daß die Vertrauensmänner bei jedem kleinen Unglücksfall in der Grube herumfahren und daß nicht so viel Grubenbesitzer da sein würden, sie zu begleiten, hat sich in Saarbrücken nicht bestätigt, denn bis ein Unfall da bekannt wird, wo der Vertrauensmann arbeitet, vergeht immer eine geraume Zeit. . . .

Aber meine Herren, wir kommen um die Arbeiterkontrolloren kaum herum, das ist meine feste Ueberzeugung, und da soll man wenigstens bei aller prinzipiellen Ablehnung versuchen, das Institut so wenig gefährlich wie nur möglich zu machen, indem man sagt: Ja, mit Vertrauensmännern, wie sie damals in Saarbrücken eingeführt worden sind, könnte man sich schließlich als einverstanden erklären. Aber es sollen vor allen Dingen die drei Momente, die den Unterschied bilden zwischen der Vorlage und zwischen der Einrichtungs in Saarbrücken, nämlich das Kündigungrecht, die Einmischung des Revisionsbeamten und die Beschlusfassung, wie oft gefahren werden soll, unter allen Umständen beizubehalten.“

Also so ungefährlich wie nur möglich — für die Werkstätten — soll das Sicherheitsmänner-System gemacht werden, „weiße Salbe“ soll es sein, ja noch mehr als das. Herr Hilger führte weiter aus:

„Meine Herren, ich glaube, wir haben noch einen Punkt zu betonen, nämlich den, daß der Arbeiter gar nicht in der Lage ist, vermöge seiner Ausbildung das zu leisten, was von ihm verlangt wird. Ferner wird man sich wohl morgen auf den Zweckmäßigkeitsstandpunkt stellen und wird sagen, es ist in vielen Fällen außerordentlich bequem gewesen, daß wir die Sicherheitsmänner hatten, und uns bei großen Unglücksfällen — ich denke an Aachen — auf sie berufen zu können. Man wird ihnen auch gerade Reden vorhalten und sagen, wir wären vielleicht in des Feuers Nähe gekommen, wenn wir uns nicht auf die Sicherheitsmänner hätten berufen können. Das ist gewiß richtig, aber das sollte uns doch nicht bestimmen, nachzugeben.“

Herr Hilger und mit ihm auch die anderen in der Konferenz anwesenden Grubenbesitzer haben also den Sicherheitsmännern sogar eine Sündenbuche zu schreiben; da was es nicht nur das Recht, sondern die Pflicht der Verbandsleitung, solchen Plänen entsprechend entgegenzuarbeiten. Außerdem gab ja Herr Hilger auch zu, daß die Arbeiter einer Anleitung bedürften, um das Amt eines Sicherheitsmannes richtig auszuüben. Daß die von der Verbandsleitung herausgegebene Anleitung nicht nach dem Gehirne der Hilger und Genossen ist, ist selbstverständlich. Herr Geheimrat Uthemann führte in der Konferenz aus:

„Ich möchte die Herren, die morgen ins Ministerium gehen, bitten, immer ganz trau sein zu sagen, sich auf keine Entwürfe im Detail einzulassen, vor allem zu diesem wichtigen Punkt offen zu erklären: Wir sind Herr im Hause, und wir lassen die Arbeiter nicht hineinreden. Früher hat der Minister da den Vertrauensmann ins Auge. Das ist nach meiner Ueberzeugung die einzige Möglichkeit, das unheilvolle Gesetz zum Scheitern zu bringen, daß wir dem Herrn auszusagen können: Wir haben unseren Herrenstandpunkt vertreten, nun, Herrschaften, zeige, daß du deinen Namen verdienst, und hilf uns.“

Wenn die Herren schon dem Minister den „Herrenstandpunkt ins Auge drücken“ wollen, wie ergeht es dann erst den Arbeitern und besonders den Sicherheitsmännern. Die Herrenmenschen haben von vorherein dem Sicherheitsmänner-System den Krieg

erklärt, demgegenüber konnte die Verbandsleitung nicht untätig bleiben. Sie mußte die Sicherheitsmänner wappnen, damit sie in der Lage sind, sich den Rücken der Grubenbesitzer und deren Beamten gegenüber zu behaupten. Die „K. Z.“ hat darum kein Recht, sich moralisch zu entristen, wenn die Verbandsleitung Maßnahmen trifft, um das Bestreben der Unternehmer, das System der Sicherheitsmänner wirkungslos in bezug auf den Bergarbeiter zu machen, zu vereiteln.

Wie notwendig es ist, den Sicherheitsmännern Anleitung zu geben, wie sie sich bei Ausübung ihres Amtes den Grubenbesitzern gegenüber zu verhalten haben und sie mit ihren Rechten und Pflichten vertraut zu machen, beweisen die unauffälligen Klagen der Sicherheitsmänner, daß sie wegen ihrer Tätigkeit als Sicherheitsmänner von den Grubenverwaltungen schikaniert werden und daß versucht wird, ihre Leistungsfähigkeit zu beschränken. Charakteristisch ist der Ausspruch des Herrn Bergassessors Göb, Direktor der Zeche Consolidation. Dieser sagte: „Die Sicherheitsmänner sind deshalb nicht gefährlich, weil sie in den Läden der Zeche bleiben. Der Steiger hat doch die Leute beglücklicht ihres Lohnes stets in der Hand und mit Geld ist vieles zu machen.“

Ferner sei erinnert an das Schreiben, welches Herr Obersteiger Wenne auf Zeche Rosenblumendelle dem Steiger Sante in die Grube sandte. Das Schreiben lautet:

„Zeche Rosenblumendelle. — Herrn Steiger Sante. Ich wollte heute morgen mit Ihrem Sicherheitsmann Mühl fahren, kann aber nicht. Sagen Sie zu ihm, wenn er warten wollte, so fahre ich Montag morgen mit, anderenfalls fahre Sie mit, aber flott, damit Sie in zwei Stunden fertig sind. Wenne.“

Der Betriebsführer der Zeche Neu-Herold wollte nicht dulden, daß ein Sicherheitsmann in bezug auf einen Betriebspunkt ins Jahrbuch eingetragen habe: „Gefahr vorhanden.“ Bei einer nochmaligen Befahrung des Betriebspunktes gab der Betriebsführer zu, daß zwar Gefahr vorhanden war, aber keine „dringende“ Gefahr.

Der Betriebsführer der Zeche Bruchstraße hat nach den allgemeinen Sicherheitsmännervahlen mit Bezug auf einen bestimmten Sicherheitsmann geäußert:

„Mit dem (Sicherheitsmann) werde ich immer fahren, der muß bis 10 Uhr (vormittags) so krank sein, daß er genug hat.“

Derartige Fälle können wir eine ganze Menge anführen und zahllos sind die Klagen von Sicherheitsmännern, daß sie schlechte Arbeit erhalten haben und dadurch gezwungen waren, abzukehren. Dann müssen für die Abgekehrten Neuwahlen vorgenommen werden. Um die Wahl von Verbandskandidaten zu verhindern, werden diese in andere Steigerreviere verlegt, wie es noch kürzlich auf Zeche Konordia vorgenommen ist. Für solche Gewaltmaßnahmen hat die „K. Z.“ kein Wort des Tadels. Sämtlich kommen noch die vielen „Trüümern“ der Zechen bezüglich der Ausführung des Gesetzes. So hat man z. B. auf Zeche Engelsburg die Wahl des unbeherrschten Verbandskandidaten für ungültig erklärt, weil er Knappschadtsinvalid war. Erst auf erhobene Verträge wurde der „Trüümern“ der Zeche berichtigt und die Wahl vom Oberbergamt für gültig erklärt. Wir kühnen daran die Bemerkung, vermutlich hätten die Juristen des Zechenverbandes den Betriebsleitern eine falsche Auslegung des Gesetzes in die Hände gegeben. Das wollen diese nun nicht gelten lassen und ersuchen uns unter Verweisung auf das Presgesetz zu berichtigen.

„In Nr. 8 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 25. Februar 1911 heißt es in einem Artikel unter der Ueberschrift „Rechte und Pflichten der Sicherheitsmänner“, auf einer Zeche seien die für einen untertägigen besetzungsinvaliden abgegebenen Stimmen unberechtigtweise für ungültig erklärt worden. Im Anschluß daran wird gesagt, vermutlich hätten die Juristen des Zechenverbandes den Betriebsleitern eine falsche Auslegung des Gesetzes in die Hände gegeben. Diese Vermutung ist unzutreffend. Der Trüümern ist darauf zurückzuführen, daß in einem im höchsten Grade viel gebrauchten, im Verlage von G. D. Wachter in Essen erscheinenden „Büchlein“ „Verantwortlichkeiten der Betriebsleiter und Bestellung von Sicherheitsmännern auf Bergwerken im Königreich Preußen“, nach der Fassung des Gesetzesentwurfes, der bei den Kommissionsverhandlungen des Abgeordnetenhauses vorgelesen hat, stehen geblieben ist. Der Zechenverband hat seinen Mitgliedern keine falschen Auslegungen gegeben, er hat vielmehr noch vor einiger Zeit besonders darauf aufmerkzaam gemacht, daß die in Frage kommende Bemerkung in dem vorerwähnten Büchlein keine Gültigkeit hat. Die Geschäftsleitung des Zechenverbandes: J. U. Krab.“

Die Nr. 8 der „Bergarbeiter-Zeitung“ ist am 21. Februar erschienen, die Verichtigung des Zechenverbandes vom 15. März datiert. Wann ist die erwähnte Anweisung des Zechenverbandes ergangen? Vielleicht nach dem Erscheinen der Nr. 8 der „Bergarbeiter-Zeitung“? Interessant ist übrigens das Eingeständnis, daß sogar eine gedruckte Anweisung im Gebrauch war, die eine unrichtige Auslegung des Gesetzes enthielt! Das ist ein Beweis, wie jalopp das Gesetz gehandhabt wird.

Die „K. Z.“ kündigt an, es sei noch eine ganze Menge Material gegen die Sicherheitsmänner vorhanden, womit herausgerückt werden soll. Mag man damit kommen, auch wir besitzen genügend Material über den unglaublichen Terrorismus der Zechen gegen die Sicherheitsmänner und wenn wir unsere Akten mal erst durchstöbern werden und das darin verborgene Material der Öffentlichkeit servieren, dann dürfte es der „K. Z.“ doch schmil werden angesichts der Geister, die sie gerufen.

# Gewerkvereinsleitung und die Konjunktur.

Bekanntlich hat die Leitung des „Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter“ es abgelehnt, gemeinschaftlich mit den drei übrigen Bergarbeiterverbänden in eine Lohnbewegung zu treten. Die Gründe hierfür sind gleichfalls bekannt, jedoch wir auf sie im einzelnen hier nicht eingehen brauchen. Nur eine der bekannten Ausreden, womit man das verräterische Spiel zu stillen versuchte, sei hier zunächst des näheren nachgeprüft.

Die christlichen Sekretäre wie die christlichen Gewerkschaftsorgane, vor allen der „Bergknappe“, wiesen auf die schlechte Konjunktur hin, die einen Erfolg der Lohnbewegung in Frage stellen müßte! Aussehen, daß die Konjunktur sich in nächster Zeit bessern würde, seien nicht vorhanden (so hieß es). Besonders stark, und das noch bis in die letzten Wochen hinein, mühte sich der „Bergknappe“ ab, immer wieder auf die schlechte Gewerkschaftskonjunktur hinzuweisen und die Leitung des Gewerkschaftsvereins zu überzeugen, daß sie durch ihren Verrat nur den Bergarbeitern genügt habe! Dieses Stedenpferd reitet er selbst in seiner letzten Nummer. Sinweise, daß die Zechen und ihre Organe selbst die steigende Lebendigkeit des Kohlenmarktes zugaben, halfen nichts. Wir erlebten, daß das christliche Organ sich einfach über die selbst von den Grubenbesitzerorganen zugehenden Tatsachen hinwegsetzte! Was in der deutschen Gewerkschaftsbewegung wohl einzig dastehen dürfte. Und alles das, was es sagt, nur zu dem Zweck, die Bergarbeiter zu täuschen und den Grubenbesitzern gegen die Lohnbewegung der Bergarbeiter beizustehen. Daß die Gewerkschaftsleitung selbst eine sogenannte Bittschrift, wenn auch ohne direkte Forderungen, den Grubenbesitzern zu Füßen legte, kann man nur als eine faule Komödie bezeichnen. Der Scheitler, den Bergarbeitern in den Rücken gefallen zu sein, bleibt an dieser Verräterthat hängen; er ist unauflösbar!

Wie sieht es mit der Konjunktur? Die Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften und Gewerkschaften im Ruhrbergbau für das Jahr 1910 liegen jetzt meist vor und da zeigt es sich, daß diese Geschäftsberichte glückliche Gewinnergebnisse als im Vorjahre gebracht haben! Nur eine geringe Anzahl Gruben, meist sogenannte Magerzechen, haben etwas geringere Gewinne wie früher abgeworfen. Sonst sind die Betriebsüberschüsse im Steigen begriffen.

Wir haben in voriger Nummer wahllos die Gewinnergebnisse von 31 kleinen und großen Aktiengesellschaften und Gewerkschaften zusammengestellt, welche insgesamt betragen: 1909: 87 787 444 Mk., 1910: 94 118 555 Mk., gegen 1908 mehr 6 331 414 Mk. Die Gewinnsteigerung betrug danach gegen das Vorjahr 7,2 Prozent. Die Magdeburger Bergwerks-Aktiengesellschaft verteilte 1909: 33 1/2 Prozent Dividende, im Jahre 1910 35 Prozent. Vom Jahre 1886 ab hat diese Gesellschaft 657 Prozent Dividende verteilt! Das ist jährlich eine Durchschnittsdividende in Höhe von 26,3 Prozent!!! Die Aachen-Bergwerke A.-G., die durchschnittlich jährlich noch höhere Dividenden erzielt, hatte 1910 einen Reingewinn von 2 652 140 Mk. Bei ihr stieg die Gesamtförderung gegen das Vorjahr um 6,15 Prozent, arbeitstägig um 5,78, die Höhe aber nur um 2,1 Prozent! Dabei geben diese Zahlen nicht einmal ein genaues Bild über die wirklichen Verhältnisse, weil die Summen, die zur Kapitalverzinsung, zu Schuldentilgungen und zu sonstigen Zwecken abgeschrieben werden, darin gar nicht zum Ausdruck kommen.

Noch haben wir keine Uebersicht über die Geschäftsergebnisse der großen Hüttenzechen. Wie aber das Ergebnis der Gesellenschen Bergwerks-A.-G. (der Högewinn stieg von 33 135 477 Mk. im Jahre 1909 auf 42 321 338 Mk. im Jahre 1910, der Reingewinn in derselben Zeit von 13 042 105 Mk. auf 15 997 891 Mk.) schon zeigt, werden die Hüttenzechen ihre Gewinne noch mehr im letzten Geschäftsjahre steigen sehen, als es im vorhergehenden geschehen ist. Die Hüttenzechen-Gesellschaften Wöhrig, Gute Hoffnungshütte, Bochumer Verein, Union, Boch., Teutisch-Luxemburg, Gesellenschen und Rheinische Stahlwerke erzielten zusammen im Geschäftsjahre 1909/10: 89 502 067 Mk. Högewinn, im Geschäftsjahre 1909/10: 101 088 900 Mk., ihre Dividenden stiegen von insgesamt 85 auf 97 Prozent. (Siehe näheres „Bergarbeiter-Zeitung“ Nr. 58 v. J.)

Auch die Kaltindustrie hat entgegen allen dunklen Probenzeigungen über die verderblichen Wirkungen des Kollapses sehr gute Geschäfte gemacht, wie eine Zusammenstellung der Reinerträge von 23 Kaltwerken in der „Ruhr-Zeitung“ (Nr. 53) zeigt, welche insgesamt betragen: 1909: 16 883 376 Mk., 1910: 19 076 624 Mk., gegen 1909 mehr 3 193 248 Mk. Das ist eine Gewinnsteigerung von 20,1 Prozent.

Aber nicht nur die Gewinne zeigen uns den Aufstieg der Konjunktur, sie hängen selbstverständlich und vornehmlich mit ab von der Steigerung der Förderleistung. Die Förderleistung legte vornehmlich in den letzten Quartalen des vergangenen Jahres ein.

Zur Oberbergamtsbezirk Dortmund betrug 1910 die Förderung und die Herstellung in Koks:

	Stahlschle	Koks
	in Tonnen	in Tonnen
1. Quartal	20 670 300	1 144 930
2. „	21 220 553	4 259 229
3. „	22 315 647	4 390 880
4. „	22 640 099	4 629 121
1—4. Quartal	86 846 599	17 424 169
im Jahre 1909	83 076 304	15 534 140
mehr	3 770 295	1 890 029

Die Gewinnziffern wie diese Förderzahlen werden alle Ausreden der Gewerkschaftsleitung, daß die Lohnbewegung zu unpassender Zeit einsetzte, einfach über den Haufen. Wann soll mit der Lohnbewegung begonnen werden? Etwa erst, wenn die Hochkonjunktur da ist? Sind wir so weit, ist eine neue herannahende Krise gewöhnlich nicht mehr fern. Die Bergarbeiter, die die volle Frucht der wirtschaftlichen Krise im Bergbau zu spüren bekommen haben, haben ein Recht, sobald sich eine Besserung im Geschäftsleben zeigt, daran mit höherem und besseren Löhnen zu partizipieren. Pfennigweise wird den Bergleuten in besseren Geschäftszeiten zugelegt, kommt aber die Geschäftslage, wird ihnen der Lohn gleich großenteils abgezogen, wie auch die amtlichen Lohnstatistiken zeigen. Doch wenn die Gewerkschaftsleitung etwas beweisen und klagen will, dann beweist und klärt sie eben — auch den Verrat! Da sind ihr sogar die Klagen willkommen, wie sie aus Werksbesitzerkreisen stammen, Klagen, die oft genug jeder Verächtung entbehren. Im übrigen, wann mögen die meisten Zechengesellschaften zufriedengestellt sein? Auch für diese Klagen gilt der Satz: Je mehr sie haben, je mehr sie wollen!

Zimmerhin ist es interessant zu verfolgen, wie einzelne Zechengesellschaften im Gegensatz zu den Klagefriesen die Konjunktur und die Aussichten auf die Zukunft beschreiben. Das wir schon während der Lohnbewegung hierüber geschrieben haben, kann hier unerörtert bleiben. Sehen wir zu, was hinsichtlich der Jahresabstimmung gesagt worden ist. Klagen und Hoffnungsfreudigkeit wechseln auch hier ab.

In dem letzten Jahresbericht der Zeche König Wilhelm wird gesagt, daß, wenn die Schwierigkeiten bezüglich des Zustandekommens des Syndikats beseitigt sind — sonst an und für sich gute Aussichten für die Zukunft vorhanden seien. Das betrifft die Konjunktur.

In dem Bericht der Zeche Königshorn wird gesagt, daß sich im November v. J. kräftigere Anzeichen einer Aufbesserung des Abjates geltend machten und dieser Zustand auch bis zum Schlusse des Jahres anhält. Gleichzeitig sei eine Erhöhung der Sodafabrikpreise am 1. Oktober um 1,50 Mk. pro Tonne eingetreten. Es kam noch hinzu, daß auch die Preise für Koks höher eine Aufbesserung erfuhr, was ebenfalls ins Gewicht fiel. Dann heißt es an anderer Stelle weiter:

„Soweit sich zurzeit (bei Abfassung des Berichtes im Monat Februar) die Verhältnisse übersehen lassen, wird das neue Geschäftsjahr hoffentlich etwas bessere Ergebnisse als das abgelaufene zeigen (1), wobei natürlich immer vorausgesetzt werden muß, daß der Betrieb keine Störungen durch höhere Gewalt erleidet und wir ruhige Arbeiterverhältnisse behalten.“

Die Bergbaugesellschaft Neu-Essen sagt ebenfalls, daß in den letzten beiden Monaten des vergangenen Jahres die Besserung allgemein und in nennenswerter Weise hervortrat! Nicht nur Bergwerksberichte sprechen sich so aus, auch der Staatssekretär des Innern, Herr DeLüb, hat sich bekanntlich öffentlich über die Konjunktur ausgesprochen. Und mit Recht!

Die Monate Januar und Februar d. J. zeigen gewiß nicht, daß die Steigerung des Abjates und der Förderung im vergangenen Jahre nur eine vorübergehende Erscheinung war, wie das der „Bergknappe“ seinen Lesern plausibel zu machen versuchte. Diese krampfhaften Anstrengungen des christlichen Organes, um die Lafik der Gewerkschaftsleitung zu verteidigen, sieht der Bericht des Kohlenyndikats über Absatz und Förderung für die beiden ersten Monate d. J. gegenüber. Es heißt im Syndikatsbericht:

„Der rechnermäßige Absatz hat betragen im Februar 1911 im ganzen bei 23 1/2 Arbeitstagen 5 581 238 To., im ganzen 1910 bei 23 1/2 Arbeitstagen 5 196 571 To., mithin 1911 gegen 1910 + 384 667 To. oder arbeitstägig 1911 241 351 To. gegen 224 717 To. in 1910, mithin 1911 gegen 1910 + 66 634 To. gleich 7,40 Prozent.“



Von der Beteiligung, welche sich beifizierte 1911 auf 6 067 283 T.

Der arbeitstägliche Gesamtverband ist gegen Januar 1911 in

Der arbeitstägliche Verband für Rechnung des Syndikats ist gegen

Die Förderung stellte sich insgesamt auf 6 831 632 T., arbeits-

So weit der Syndikatsbericht. Arbeitstäglich wurden im

Schon die Vorkämpfer im zulezt genannten Monat zum Teil

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Steuern und Reichsschulden.

In zwei umfangreichen Artikeln des „Vorwärts“ wurden die Un-

Table with 2 columns: Steuerart (e.g., Zölle, Tabaksteuer) and values for 1873 and 1910.

Mittlerweile sind eine Reihe neuer Steuern dazu gekommen, die

Table with 4 columns: Dauernde Ausgaben, Einmalige Ausgaben, Außerordentl., Pensionen for years 1873-1888.

Das Jahr 1889 brachte eine Veränderung im Etatswesen, indem ein

Table with 4 columns: Dauernde Ausgaben, Einmalige Ausgaben, Außerordentl., Pensionen for years 1890-1910.

Die gesamten Ausgaben für den Militarismus zu Lande von 1872

Table with 4 columns: Dauernde Ausgaben, Einmalige Ausgaben, Außerordentl., Pensionen for years 1872-1911.

Die Ausgaben für die Marine haben sich in folgender Weise

Table with 4 columns: Dauernde Ausgaben, Einmalige Ausgaben, Außerordentl., Pensionen for years 1872-1911.

Das ergibt eine Summe von rund 5 157 Millionen Mark. In

Schließlich kommen noch hinzu die Kosten für das im Jahre 1900

Dem Abgrund zu geht die Fahrt, wenn das deutsche Volk sich nicht

Invalidententen-Ductscherei.

Der Kampf um die Rente, der seither in der Unfallversicherung

Table with 4 columns: Provinz, Jahr der Beteiligung, im Jahre vor der, im Jahre 1910.

Das sind ganz verheerende Wirkungen, welche das Auftreten der

Die Vorgänge sind nur möglich auf Grund der mangelhaften ein-

Erdrückende Last der sozialen Gesetzgebung.

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ bringt in ihrer Ausgabe vom

Von diesen Einnahmen der Aktionäre schreibt die gesamte In-

Zwei Welten.

Die Einrichtung des Schlafzimmers des amerikanischen Milliardärs

Das Schlafzimmer des Milliardärs Marchand hat alles in allem rund

In Paris hat jüngst eine Dame für ein Paar Schuhe 8000 Fr.

Der neueste Jahresbericht der Berliner Steuerdeputation

Die unerhörte Fleischsteuerung zwingt die Massen immer mehr,

Die Firma Krupp in Essen erzielte im Jahre 1910 einen Reingewinn

Die Tochter des amerikanischen Millionärs Morosini

Die sechs Wärmestuben des Wiener Wärmestuben- und Wohlthätigkeits-

Die Mobilisierung Amerikas gegen Mexiko zeigt von neuem,

Eroberungszug des amerikanischen Kapitals.

Die Mobilisierung Amerikas gegen Mexiko zeigt von neuem,

Table with 2 columns: Land (e.g., Mexiko, Costa Rica) and value in Millionen Tolar.

Bei diesen Ziffern handelt es sich, wie schon erwähnt, natürlich

Die Beteiligung Nordamerikas an dem mexikanischen Außenhandel

Berggesetzgebung und Verwaltung.

Eine Verbesserung des österreichischen Bergarbeitergesetzes.

Wenn auch nur eine geringe, steht hinsichtlich der Frauen- und Kinder-

Artikel 1. § 1. Beim Bergbau dürfen Kinder, welche das vierzehnte

§ 2. Frauen und Mädchen jeden Alters dürfen nur über Tage,

§ 3. Frauen und Mädchen, ohne Unterschied des Alters, dürfen zur

In Betrieben, wo in zwei Tagsschichten gearbeitet wird, darf der

§ 1. Soweit es sich um Arbeiterinnen handelt, ist die Bewilligung

Ebenso dürfen Uebersichten im Sinne des § 3, Absatz 3, des ge-

Artikel 2. Die Vorschriften des § 2 dieses Gesetzes treten am Tage

Bei überträglichen Arbeiten im Bergbaubetrieb, welche infolge kli-

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Montanstatistik des Deutschen Reiches.

Nach den nunmehr bekanntgegebenen vorläufigen Ermittlungen

Die Aussichten des Kaliabfuges.

Wir lesen in der Bechenpresse: Von der Leitung des Kalisyndikats ist in diesen Tagen der Vor-



Minerallenausschüttung im Transvaal.

Nach dem 'Transvaal Mines Department Statistical Report' für Dezember ist der Wert der wichtigsten im Transvaal gewonnenen Mineralien folgender:

Table with 4 columns: Mineral, 1908/09, 1909/10, Juli bis Dez. 1910. Rows include Gold, Silber, Diamanten, Kohle, Kupfererz, Blei, Zinn.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Der Metallarbeiterverband im Jahre 1910.

Nach der soeben veröffentlichten Abrechnung hat der Verband im Jahre 1910 beispiellose Fortschritte gemacht. Die Zunahme an Mitgliedern übertraf die aller früheren Jahre...

Die Unterstufen wurden aus der Hauptkasse gezahlt: Hilfe-geld 301.284,00 M., Umszugsunterstützung 98.787,08 M., Kranken-unterstützung 2.745.896,73 M., Arbeitslosenunterstützung 1.590.818,11 M., Unterstützung bei Wagnisregeln 149.500,40 M., Unterstützung in besonderen Notfällen 68.087,55 M., Sterbegeld 88.247 M., Rechts-fähig 43.471,36 M., Streifenunterstützung 2.808.476,40 M., zusammen 7.816.602,17 M.

Der Verband hatte im Berichtsjahre 1870 Lohnbewegungen zu führen, unter denen sich außerordentliche Kämpfe befanden. Es sei nur erinnert an die Werftarbeiterbewegung, die 1 1/2 Millionen Mark kostete, an die Kämpfe im Hagen-Schweid, Nemscheid und Forstheim, die ebenfalls bedeutende Summen erforderten.

Das Vermögen des Verbandes hat trotz der großen Ausgaben zugenommen. Es stieg in der Hauptkasse um 848.555,86 M., in den Lokalfassen um circa 500.000 M., so daß das Gesamtvermögen am Jahresabschluss 7 1/2 Millionen Mark betrug.

Die 'Metallarbeiter-Zeitung' kommt bei der Besprechung der Abrechnung zu dem Schlusse, daß der Hauptkassier mehr finanzielle Mittel als bisher zugeführt werden müssen. Das müsse geschehen, um die günstige Konjunktur auszunützen zu können, aber auch, um für die Zukunft zu sorgen, denn bei der folgenden Krise würden die Aufwendungen für Kranken- und Arbeitslosenunterstützung steigen. Auch wird auf den jetzigen Kampf im Chemnitz hingewiesen, der nicht der letzte derartige Kampf sein werde, den der Verband zu kämpfen habe.

Der freigewerkschaftliche Zimmererverband

hält anfangend am 3. d. M. seine G.-V. in Leipzig ab. Sein Organ veröffentlicht dazu folgende lehrreiche Tabelle über die Verbandsentwicklung:

Table showing membership statistics from 1888 to 1908, with columns for year, members, and delegates.

Wir wünschen unserem Bruderverband eine weitere kräftige Ent-wicklung zum Segen der Zimmerer.

'Christliche' Gewerkschaften als Keilreiber.

In einer Versammlung des konservativen Vereins in Breslau, wo allerdings Neben über das Thema: 'Freie Gewerkschaften und Sozial-demokratie' gehalten wurden, nahm auch der Vorsitzende des Breslauer 'Christlich-Sozialen', ein Herr David, das Wort. Nach der 'Schlesischen Morgenzeitung' des Pastor Nischke führte er aus:

Daß er in bezug auf die gefährlichste zukünftige Meinherrschaft der Sozialdemokratie in den Gewerkschaften keineswegs so schwarz sehe wie der Referent, da er hoffe, daß die christlich-soziale Bewegung noch weiter einen Teil in die angebliche Geschlossenheit der Gewerkschaften treiben werde. Ohne die christlichen Gewerkschaften, die sich von kleinen Anfängen zu sehr einflussreicher Stellung emporgearbeitet hätten, könne nichts geschehen. Sie seien ein ernsthafter Wach-jahner geworden, mit dem durchaus gerechnet werden müsse. Es wolle sehr wünschenswert, wenn die konservative Partei, die der christlich-nationalen Sache doch große Sympathien entgegenbringe, noch mehr in Fühlung trete auch mit den organisierten christlichen Arbeitern, deren Zahl schon 367.000 (50.000 dazu gelogen!) betrage.

Damit hatte er aber noch nicht alles gesagt, und um das Vergessene nachzuholen, erbat er sich noch einmal das Wort, um

im Namen der christlichen Arbeitererschaft an die christlichen Arbeit-geber die Bitte zu richten, die in den christlichen und nationalen Ge-werkschaften organisierten Arbeiter zu bevorzugen!!!

Er erhielt denn auch die Zustimmung, daß die Konservativen mit den 'christlich-nationalen Arbeitern' in Verbindung bleiben wollen, so daß Herr David wohl noch öfter die Ehre haben wird, in dieser Ge-sellschaft 'Arbeiterintereessen' zu vertreten. In Arbeiterversammlungen muß man sich berücken und so tun, als wolle man gegen das Kapital ankämpfen. Vom Keilreiben darf man beiläufig nicht reden, und wenn Sozialdemokraten die Christen als Keilreiber bezeichnet haben, wurden sie als bewilligte Verleumder gebührend markiert. Die Arbeiter werden nicht vergessen, was die christlichen Gewerkschaften nach dem Aussprüche ihres eigenen Führers sein sollen!

Aus einer christlichen Gewerkschaft.

Die 'Niederheinische Arbeiter-Zeitung' schreibt: 'Aus einer christlichen Gewerkschaft'. Unter diesem Titel erschien in unserer Zeitschrift im Sommer des verflohenen Jahres eine Broschüre des früheren christlichen Gewerkschaftsbeamten Johannes Wolf. In dieser Broschüre wurden allerlei Praktiken des 'christlichen' Hilfs- und Transportarbeiterverbandes aufgedeckt, die diesen in einem eigenartigen Lichte zeigten. Es wurde unter Benutzung der Statistiken des Verbandes bewiesen, daß der Verband im Jahre 1908 den Mitgliedern infolgedessen eine falsche Abrechnung vorlegte, als er die Angaben für Unterstützungen um 45.000 M. zu hoch und die Ausgaben für Verwaltung um die gleiche Summe zu niedrig angab. Desgleichen wurde den Mitgliedern bekannt gegeben, der Verband habe 27.750 M. Vermögen in der Hauptkasse, während er in Wirklichkeit 3000 M. Schulden hatte. Im Jahre 1909 erhöhte sich die Schuldenlast auf 70.000 M. Diese Summe soll nach Angabe der Verbandsleitung nicht genau stimmen, aber sie soll doch weit über 50.000 M. betragen, wie der zweite Vorsitzende des Verbandes, Herr Tremmel, in einer Versammlung in Köln a. Rh. ausgab. Von dieser Schuldenlast ist den Mitgliedern im Verbandsorgan keine Mitteilung gemacht worden. Im Gegenteil, die Angaben des Verfassers der Broschüre wurden hartnäckig bestritten. Man hatte in der gesamten Zentrumpresse den Verfasser der Broschüre in der argsten Weise ge-mißmächtigt und als Ausgestoßenen behandelt, weil er den Schwandel nicht mitgemacht und die Praktiken aufgedeckt hatte. Gegen die Redakteure

Thielhorn und Wehring hatte man ein Strafverfahren eingeleitet wegen 'Verleumdung', und unsere tiefsten Zentrumsblätter in insbe-sondere konnten sich nicht genug tun in Pöbeleien gegen den Ver-fasser der Broschüre und ihre öffentliche Empfehlung und Besprechung in unserer Zeitung.

Zugleich hat sich der Staatsanwalt in Mülhausen über die Sache angenommen und gegen den Zentralvorsitzenden Dewald, den Stell-vertretenden Vorsitzenden Tremmel und den Kassierer Parier das Er-mittlungsverfahren wegen Betrugs und wegen Bilanzverschleierung eingeleitet!

Herr Dewald ist bayerischer Landtagsabgeordneter und Mitglied der Zentrumsfraktion. Und auch die anderen beiden Herren sind frumme Zentrumsleute. Da kann man es schon verstehen, weshalb die Zentrumpresse den Vorstand des 'christlichen' Verbandes so tapfer verteidigte und auf den Verfasser der Broschüre und die bösen Sozial- so mordendächtig schimpfte.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Genossenschaftliche Brotproduktion in Deutschland.

In dem soeben erschienenen Jahrbuch für 1910 des Zentral-verbandes der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsarten findet sich auch eine sehr interessante Abhandlung über die Entwicklung der genossenschaftlichen Brotproduktion. Bekanntlich haben gerade im Bäckergewerbe die Genossenschaften bahnbrechend für den Nebergang zum Großbetrieb gewirkt; sie haben mit zuerst die modernen technischen Erzeugnisse, die großen Doppelbackofen, die Knet-, die Wehmisch- und andere Maschinen eingeführt, und sie sind auch voran-gegangen in der Schaffung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen für die Bäckerarbeiter, indem sie tariflich den Acht-, resp. in kleineren Betrieben den Neunpennentag festgelegt haben.

Das auf Grund von Fragebogen, die an die in Genossenschafts-bädereien beschäftigten Kollegen vergeben wurden, gewonnene Material zeigt nun folgende Entwicklung in den letzten neun Jahren. Es be-zieht sich genossenschaftliche Bädereien:

Table with 4 columns: Year, Bäckereien, Beschäftigte Arbeiter, Umsatz. Rows for 1901, 1902, 1907/08, 1909/10.

Es hat sich also in dieser Zeit die Zahl der Betriebe fast verdie-nacht, die der beschäftigten Arbeiter vervierfacht (in den letzten Jahren sind viel neue kleinere Bädereien entstanden, woraus sich der Rück-gang in der Durchschnittsziffer der Beschäftigten erklärt), während der Wert der erzeugten Waren auf mehr als das siebenfache ange-wachsen ist. Von dem im letzten Jahre erzielten Umsatz von 61.835.370 Mark entfallen übrigens 50.272.674 M. auf Brot, 8.662.692 M. auf Kleines Backgebäck und 2.698.744 M. auf Kuchen. Wie aus diesen Zahlen ersichtlich, hat demnach eine Erhöhung der Durchschnittsleistung der Bäckergesellen stattgefunden, die zum Teil auf die Einführung neuer arbeitssparender Maschinen, zum Teil aber wohl auch auf eine intensivere Arbeitsleistung zurückzuführen ist. Es zeigt sich hier also wieder, daß die Vertiefung der Arbeitszeit durchaus zu seiner Winder-leistung zu führen braucht, sondern im Gegenteil oft das geleistete Arbeitsquantum erhöht.

Sehr erfreulich ist es, wenn der Bäckerverband in Anerkennung der Bemühungen der Konsumvereine um Verbesserungen der Arbeits-bedingungen folgendes schreibt:

„Wir sind dessen gewiß, daß die genossenschaftliche Brotproduktion weiter rüstige Fortschritte machen wird, nicht zum Schaden der Arbeiter in unserem Bezirke, sondern zu deren Nutzen; denn wenn auch in bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen in mancher Ge-nossenschaft noch etwas zu tun übrig bleibt, so steht doch das eine fest, daß die Verhältnisse in diesen Betrieben im allgemeinen — wie auch der abgethorene Landesarif zeigt — turnusweise erhalten sind über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Betrieben des Kapitalismus und der Kleinmeister.“

Ein genossenschaftliches Unternehmen auf dem Fahrradmarkt.

In der Hauptsache ist die Tätigkeit der Konsumgenossenschaften auch heute noch auf den genossenschaftlichen Bezug und Vertrieb von Lebens- und Genusmitteln für ihre Mitglieder beschränkt; der Ver-trieb zahlreicher Gebrauchsgüterstände des täglichen Lebens befindet sich noch in den Händen des wirtschaftlich rüstigen und daher preisverleuernd wirkenden Kleinhandels, obgleich der Massenbedarf an einzelnen dieser Gebrauchsgüterstände in den Kreisen der Arbeiter-schaft zum genossenschaftlichen Bezug und Vertrieb geradezu drängt.

So z. B. das Fahrrad, das heute mit seinen Zubehörteilen eine ungeheure Industrie beschäftigt und samt Zubehör fast nur in Arbeiterkreisen Absatz findet, dessen Höhe sicherlich nach Millionen von Mark bewertet werden kann.

Der Gedanke, diesen Millionenumsatz in genossenschaftliche Bahnen zu lenken, mußte ja sehr nahe liegen und tatsächlich hat auch die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine vor einigen Jahren den Vertrieb von Fahrrädern, wenn auch ohne besonders ermutigenden Erfolg, mit übernommen. Mit besserem Erfolge als die Großein-kaufsgesellschaft hat sich eine andere Arbeiterorganisation auf diesem Gebiete betätigt. Bekanntlich hatte sich vor einigen Jahren schon in Berlin eine Anzahl Arbeiter zusammengeschlossen, um den genossen-schaftlichen Bezug, eventuell auch Herstellung und Vertrieb von Fahr-rädern und dazu gehöriger Artikel und Ersatzteile in die Wege zu leiten und hierdurch die im Handel bestehenden Mißstände, die eine schwere Schädigung der Konsumenten bedingten, zu beseitigen. Das Unternehmen fand bei den radfahrenden Arbeitern lebhaften Anklang und erfreute sich bald eines regen Zuspruchs, umso mehr, als es sich das Prinzip der Konsumvereine: „Reelle und gute Ware zu billigen Preisen“ zu eigen gemacht und außerdem aber auch in der größten der bestehenden Radfahrer-Organisationen, dem Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“ mit seinen 130.000 Mitgliedern, einen eifrigen Förderer und in finanzieller Hinsicht kräftigen Rückhalt fand. Aus kleinsten Anfängen heraus hat sich das Unternehmen emporgearbeitet und der Umsatz, der 1905 erst 12.000 Mark betrug, hat sich 1906 auf 36.000, 1907 auf 46.000, 1908 auf 183.000 und 1909 auf 291.000 M. gehoben; im Jahre 1910 erreichte der Umsatz die Summe von rund 600.000 M. Ohne Zweifel dürfte der Umsatz auf einige Millionen Mark gesteigert werden können, wenn es gelänge, alle radfahrenden Arbeiter, deren Zahl in Deutschland auf mehrere Hunderttausend zu schätzen ist, zur Deckung ihres Bedarfs bei dem von organisierten Arbeitern ins Leben gerufenen und geleiteten Unternehmen zu ver-anlassen.

Bis Ende 1910 war das Unternehmen selbständige Genossenschaft, deren Heberhülle jedoch dem Arbeiter-Radfahrer-Bunde „Solidarität“ zuzufügen; die letzte Generalversammlung des Bundes hat in Er-kenntnis seines hohen Wertes für die Arbeiter-Radfahrer die Ueber-nahme mit Aktien und Passiven in die Verwaltung des Bundes be-schlossen. Der Sitz des Geschäftes, der sich bisher in Berlin befand, wurde demgemäß an den Sitz der Bundesverwaltung, der sich in Offenbach a. M. befindet, verlegt. Die Verlegung ist im Februar 1911 vollzogen worden, nachdem dorthin sowohl für die Bundesverwaltung, wie für das Geschäft durch die Opferwilligkeit der Bundesangehörigen auf eigenem Grund und Boden ein eigenes Gebäude errichtet worden war, dessen Umfang auf eine erhebliche Ausdehnung des Betriebes zugeschnitten ist, in dem später auch die Selbstproduktion einiger Artikel betrieben werden wird.

In seiner neuen Gestaltung und im eigenen Haus wird die Zeitung des Unternehmens noch mehr als bisher bestritten sein, auf dem beschränkten Wege weiter vorwärts zu schreiten und der Genossen-schaftsziele auf diesem Gebiete das Feld baldständig zu erobern. Neben dem Hauptgeschäft in Offenbach a. M., das hauptsächlich Verlanggeschäft ist, bestehen größere Filialen mit Reparaturwerkstätten in Offenbach a. M., München, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim, Hannover, Dresden, Leipzig, Breslau, Berlin (zwei), Hamburg, Kiel, Magdeburg; ferner kleinere Niederlagen in über 100 Städten Deutsch-lands. Das Geschäft ist also ziemlich umfangreich, weit verzweigt und bietet allen Arbeiterradfahrern Deutschlands die Möglichkeit, ihren Bedarf an allen einschlägigen Artikeln ohne Mühe am eigenen Orte oder in nächster Nähe zu decken.

Zurzeit steht in dem Unternehmen, das noch am Anfang seiner Entwicklung steht, im ganzen circa 50 Personen beschäftigt und zwar unter den Bedingungen, die den Forderungen der organisierten Ar-beitererschaft durchaus entsprechen. Der erzielte Gewinn wird nicht, wie es in den Konsumvereinen geschieht, als Dividende verteilt, sondern fließt den unterstützungsfonds des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Soli-darität“ zu.

Wie das Unternehmen heute nach kurzer Zeit seines Bestehens dasteht, zeigt es uns, was Opferwilligkeit, Eifrigkeit und ernstes Streben zum Besten der Allgemeinheit vollbringen können. Möge es blühen und gedeihen und im neuen Jahre in seinem neuen Heim die Unterstützung und Förderung finden, die es in Würdigung seiner Grundzüge und seiner Ziele in den Kreisen der organisierten Ar-beiterschaft mit... verdient.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Oberschlesische Versammlungsfreiheit vor dem Obergerverwaltungsgericht.

Wichtige vereinsrechtliche Grundzüge, die namentlich die Genehmigung von öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel betreffen, stellte das Obergerverwaltungsgericht in Berlin auf. Der Arbeiterssekretär Wiegorek als damaliger Vorsitzender des „Oberschlesischen christlichen Arbeitervereins zur gegenseitigen Hilfe“, einer polnisch-katholischen Gewerkschaft, hatte am 3. September 1900 nach Virletenthal (Kreis Ratiboritz) eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel einberufen, in der über Arbeiterangelegenheiten in polnischer Sprache verhandelt werden sollte. Und zwar sagte er in dem Genehmigungsgebet, daß die Versammlung in dem Garten des betreffenden Grundstücks oder auf dem daneben liegenden Felde des-jelben Weisers stattfinden solle. Der Amtsvorsteher verweigerte die Ge-nehmigung, weil eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu be-fürchten sei (§ 7 des Reichsvereinsgesetzes). Der Amtsvorsteher machte geltend, daß der Garteneingang nur anderthalb Meter breit sei und so nicht genüge. Zweitens sei das beim Garten liegende Gebäude zum Teil mit Stroh bedeckt, so daß bei der Bewohntheit der dortigen Bevölkerung, Tabak und namentlich Zigaretten zu rauchen, Feuers-gefahr entliehe. Drittens seien auf dem ebenfalls in Aussicht ge-nommenen Felde Senkungen infolge früherer Bergbau vorhanden, die gefährlich werden könnten. Auch gäbe es da ebenfalls in der Nähe Gebäude mit Strohdächern.

Wiegoreks Klage gegen den Amtsvorsteher wurde sowohl vom Kreisaußschuß als auch vom Bezirksaußschuß abgewiesen. Zwar sei bezüglich der Benutzung des Feldes nichts zu befürchten, soweit es sich um die Zugänge zum Felde und um die Senkungen handle, da in der Beziehung die Weisungsaufnahme zugunsten des Klägers aus-gefallen sei. Anders liege es aber mit der Feuersgefahr. Diese be-lände und ein Rauchverbot würde nichts nützen, weil die Leute es nicht beachten würden.

Das Obergerverwaltungsgericht hob aber in seiner letzten Sitzung die Vorentscheidungen auf und erklärte das Verbot bzw. die Ver-sagung der Genehmigung für ungerichtlich. Begründend wurde ausgeführt: Die Zugänglichkeit des Platzes, namentlich das wahlweise angegebene Felde, sei genügend gesichert und die Grundstellen böten nach einem Gutachten des Bergverwalters keine Gefahr. (Berg-betrieb schon seit 1846 eingestellt.) Und wenn die Versammlung nach Meinung des Amtsvorstehers nicht hätte im Garten abgehalten werden dürfen, dann hätte sie auf dem Felde abgehalten werden können. Der Amtsvorsteher hätte berücksichtigen müssen, daß dieses wahlweise zur Verfügung stand, und hätte eventuell die Genehmigung auf das Feld beschränken können. Meide der letzte Grund: Die Feuersgefahr. Es sei richtig, daß diese Gefahr hätte entzünden können. Aber die Polizei sei in der Lage gewesen, das Rauchen zu verbieten. Grundtätlich komme für solche Fälle in Betracht, daß das Versammlungsrecht garantiert sei. Wenn Gefahren außerer Art entgegenständen, sei es darum immer Pflicht der Polizei, zu prüfen, ob die Gefahr nicht durch entsprechende Vorkehrungen beseitigt werden könne. Das wäre hier der Fall gewesen durch ein Rauchverbot und eine darauf begütliche Kontrolle der Polizei. Deshalb sei das Verbot der Versammlung auf-zuheben.

Internationale Rundschau.

Der bedauerliche Streit in Oesterreich zwischen den gewerkschaftlichen Zentralisten und den nationalpolitischen Separatisten

hat die Vorstände der Zentralgewerkschaften veranlaßt, in einer im März stattgefundenen Reichskonferenz folgende Resolution einstimmig anzunehmen:

„Die Reichskonferenz der Zentralgewerkschaften Oesterreichs er-klärt, daß im Streitfall um die einheitliche Organisationsform mit den Separatisten der christliche Wille zum Frieden durch die von der Reichsgewerkschaftskommission vorgelegten Einigungsanträge ernstlich bedacht wurde.“

Die tschechischen Separatisten haben nun durch ihre Gegenanträge, die nur eine Umschreibung ihrer ersten Anträge bedeuten, und ihr Verhalten während der Verhandlungen bewiesen, daß sie den Frieden auf gewerkschaftlichem Gebiet nicht antreiben. Sie haben im schroffsten Gegenatz zur Zentralorganisation den Willen Har ausgeprochen, auf der nationalen Trennung der Arbeiter in allen Betrieben des Reiches unerjüchtlich zu beharren. Bei Anerkennung dieser prinzipiellen Grundzüge wäre das Proletariat Oesterreichs, trotz aller Gegenseitig-keit, in den Fabriken und Werkstätten national zerstückelt und könnte es unmöglich organisatorisch erfrischt werden.

Die Ablehnung der von den Zentralisten angestrebten organisa-torisch einheitlichen Streikführung und Ansammlung der hiezu erfor-derlichen Mittel bedeutet in ihrer Wirkung, auf den Kampf um die notwendige Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse für das tschechische Proletariat zu verzichten und ihn für die gesamte Arbeiter-kasse Oesterreichs zu erschweren. Die aus den separatistischen Gegen-anträgen ersichtlichen Tendenzen hindern dauernd die Befreiung eines Anstößiges; sie widerstreben den elementarsten Begriffen über die Gewerkschaften und deren Kämpfe; sind vielmehr Grundforderungen des tschechischen Nationalismus, Tendenzen, die das Proletariat nicht einigen, sondern gegenständig entfernend und darum kulturell und sozial ernstlich bedrohen.

Die Reichskonferenz spricht als ihre Ueberzeugung aus, daß die verantwortlichen Faktoren der tschechisch-polnischen Gewerkschaften und Partei mit vollem Bewußtsein den nationalen Aspirationen näher stehen als den sozialen Bedürfnissen der tschechischen Arbeiterschaft.

Dadurch werden Gefahren nicht nur für das tschechische, sondern für das gesamte Proletariat Oesterreichs heraufbeschworen, die es im Kampfe gegen das mächtig emporentende Unternehmertum orga-nisatorisch heunen und schwächen.

Die Reichskonferenz billigt deshalb den Abbruch aller weiteren Verhandlungen mit den Separatisten durch die Reichsgewerkschafts-kommission und macht es den Zentralverbänden zur Pflicht, mit den separatistischen Organisationen in kein Gegenseitigkeitsverhältnis ein-zugehen und die Einheit der Organisationen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu wahren.

Die Reichskonferenz setzt das höchste Vertrauen in ihre Gesamt-vertretung, die Reichsgewerkschaftskommission, in der Ueberzeugung, daß sie die Sache der Zentralorganisationen mit Umsicht und ent-sprechender Energie so wie bisher auch weiter führt. Sie erwartet daher von der sozialistischen Internationale in Oesterreich im Interesse des gesamten Proletariates die vollste Unterstützung in dem den Zentralorganisationen aufzugelegenen Kampfe, um die österreichische Arbeiterschaft gegen Ausbeutung und Unterdrückung wech- und kamp-fähig zu erhalten.“

Der Streit in Südwales.

Seit dem 1. November 1910 dauert nun schon der Streit der Berg-arbeiter im Rhonddale, ohne daß Aussicht auf seine baldige Be-endigung bestünde. Bekanntlich ist dieser Streit, an dem zwischen 11 und 12.000 Bergarbeiter beteiligt sind, ein Sympathiestreit, mit dem die Arbeiter eines von protegien Schwarzwägen geleiteten Beden-syndikats, des „Cambrian Combine“, ihren auf der Grube Glyn aus-geprezten Kameraden helfen wollen. Leider bis jetzt noch ohne Er-folg. In den letzten Wochen hat sich die Lage kritisch gestaltet. Der südwalisische Bergarbeiterverband ist wegen der niedrigen Beiträge, die er erhebt, von allen britischen Organisationen der am wenigsten widerstandsfähige Verband, wenn es sich um einen langen Streit handelt. Ende Januar kam der nationale Verband den Walfern mit einer Geldunterstützung von 60.000 M. wachentlich zu Hilfe. Das half einigermaßen; aber die Klasse des waliser Verbandes wurde denn-noch sehr mitgenommen, so daß sie augenblicklich nur noch eine Million Mark enthalten soll, eine Summe, die für eine Organisation, die mehr Mitglieder zählt, als der deutsche Bergarbeiterverband, recht

Durch Verhandlungen im Einigungsamt haben sich die Leiter der Bergarbeiterföderation von Südwales mit den Vertretern der Werks-



besser über den Friedensschluß geeinigt. Aber die Arbeiter vorwärts die ihnen von ihren Vertretern empfohlenen Bedingungen in der Abstimmung, da sie der Ansicht waren, daß die neuen Arbeitsbedingungen schlechter seien als die früheren. In der vergangenen Woche griff nun das Komitee der Bergarbeiter-Föderation Großbritanniens ein und verlangte eine zweite Abstimmung. Die Bedingungen, unter denen die Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen sollten, lauteten: Die beiden Parteien kommen überein, daß die Preisliste vom 22. Oktober 1910 verhältnismäßig auf 12 Monate eingeführt wird; die Arbeitgeber verpflichten sich, die Löhne der Arbeiter, die wegen „abnormer Arbeitsstellen“ keinen auskömmlichen Lohn verdienen können, aufzubessern. Das Verlangen des Vorstandes der Föderation nach einer erneuten Abstimmung wurde von den Streikenden, die durch den langen Kampf und die gewalttätigen Methoden der Polizei, die sich ganz wie ein Hausrecht des Grubenkapitals aufführt, sehr erbittert sind, mit großer Entrüstung aufgenommen. Die Abstimmung wurde aber dennoch vorgenommen und ergab das Resultat, daß sich 7041 Stimmen gegen die Annahme der Friedensbedingungen und nur 800 dafür erklärten. Damit war das Schicksal des neuen Vertrages besiegelt.

Man spricht jetzt von einem Generalstreik im südwälisischen Revier. Der Vorstoß kommt etwas spät. Hätte man im vorigen Jahre, als die Streikenden eine ähnliche Maßregel forderten, mit einer allgemeinen Arbeitsniederlegung gedroht, so würde die Episode vielleicht überwunden sein. Hoffentlich gelingt es den weiteren Anknüpfen im Monatsdiale, die während des langen Winters ihre Kampfkraft glänzend bewiesen haben, die Schachtmacher bald zum Nachgeben zu zwingen.

Die Ereignisse der letzten Zeit haben die Reformbestrebungen des südwälisischen Verbandes wieder auf Tapet gebracht. Auf der Jahreskonferenz dieser Organisation, die im Anfang dieser Woche in Cardiff stattfand, wurde eine Reihe Vorschläge angenommen, die eine durchgreifende Umgestaltung der finanziellen Grundlage des Verbandes bedeuten. Wähler begünstigen die Mitglieder an Beiträgen nur 1 Mt. im Monat, wobei allerdings nicht zu vergessen ist, daß die einlaufenden Gelder im südwälisischen Bergarbeiterverband fast ausschließlich für Kampfbüchse verwendet werden. Unterhaltungen beziehen die Bergarbeiter von selbständigen Hilfskräften. Nun ist beschlossen worden, den monatlichen Beitrag von 1 Mt. auf 2 Mt. zu erhöhen, wovon 1,50 Mt. an die Zentralfasse und 88 Pf. an die Distriktsfasse abgeführt werden sollen, so daß der Ortsfasse 17 Pf. verbleiben. Sollte die Distriktsfasse nicht instand sein, 1 Prozent der Mitglieder im Distrikt während einer Arbeitsniederlegung zu unterstützen, so kann sie sich an die Zentralfasse wenden. Ferner wurde beschlossen, die Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Ueber die endgültige Annahme dieser Neuerungen wird jetzt durch eine Abstimmung der Mitglieder entschieden werden.

**Mißstände auf den Gruben.**

**Oberbergamtsbezirk Dortmund.**

Beide Bergmannsgilde (Hätsch). Das Gefühl der Sparsamkeit hat die Verwaltung übernommen, aber es wird am vertehriren Ende gespart. Jeden Monat prangt im Schaufaßen ein großer Wagen mit Reparaturarbeiten für beschädigte Kleiderkasten. Es werden Wollzüge von 25 Pf. bis zu 4 Mt. gemacht, unbekümmert, ob der Kumpel einen einwandfreien Kasten angetroffen hat oder nicht. Nicht aus buren Uebermut werden diese Kleideranzüge kaputt gemacht, nein, es hängt von schlechtem Material und von der Fuchserlei des Unternehmers, der diese Arbeit angeführt hat, ab. Viele Kasten gehen ab, weil sie nur mit Schießfabel an die Aelte befestigt sind; und dieses hält für die Dauer nicht. Im Draußenraum, auf der südlichen Seite, befinden sich einige dampfführende Bohrer, die nicht bekleidet und sehr heiß sind, an denen sich viele Kumpels stark verbrannt haben. Wir geben zu, daß bei der dort vorgenommenen Reparatur nicht alles ordnungsmäßig eingerichtet werden kann, aber einige Vorkehrungen, um dem Uebel abzuwehren. Ferner erziehen wir die Verwaltung, ihr Augenmerk auch auf die Lampenbude zu richten. Die hat sich schon längst als zu klein erwiesen. Ferner verlangen wir mehr Kräfte zum Ausstellen der Lampen, damit dieselben Leute auch nicht die Lampenreparatur zu besorgen haben; denn niemand kann zweien Herren dienen. Die Leute, die zum Teil Knalben sind, können mit dem Ausstellen der Lampen sowie Reparaturen nicht fertig werden und es herrscht immer ein großes Gedränge, so daß es schon zum Kleiderzerreißen kam. Auch die Gänge, die von der Lampenbude nach den Schächeln führen, sind viel zu spärlich beleuchtet. Ueberhaupt zu der Zeit, wo die Kettenbahn eingebaut wird, ist es dringend nötig, sie besser zu beleuchten. Wie leicht kann man da zu Fall kommen und sich ernstlich verletzen. Es liegt hauptsächlich im Interesse aller Kameraden, deren Augen stark mitgenommen sind, daß dort sofort Remedur geschaffen wird. Ferner erziehen wir die Verwaltung, dafür zu sorgen, daß sämtliches Material in die Grube geliefert wird, nämlich: Klappen, Winkel, Ketten, Fasen und Wolgen für Schüttelkäufen usw. Es ist nicht in der Ordnung, daß die Kumpels mit Eisen beladen, den Korb befestigen und vor Beginn der ordnungsmäßigen Schicht sich müde schleppen müssen. Eine Uebertretung der bergpolizeilichen Vorschriften ist darin zu erkennen, daß sogar Schächelhepper bei offenen Türen anfahren können. Sehen es die bei der Seilfahrt mit der Aufsicht beauftragten Beamten nicht?

Beide Deutscher Kaiser, Schacht II und V. Im Revier 8 (Steiger stein), Flöz G, befand sich eine Abbaustelle mittelst Schüttelkutsche; diese Abbaustelle war so ungünstig wie nur möglich. Das Wasser frönte nur so aus dem Gangenden. Im Zusammenhang damit war der Gebirgsbruch so gewaltig, so daß es zweimal zu Bruch ging. Beim zweitenmal hat man oben eingesehen, daß es nicht ging und hat man die Schüttelkutsche befestigt. Während der Zeit, wo dieselbe im Betrieb stand, haben die armen Kumpels böse aus; diese mußten acht Stunden in dem Wasser schuften, ohne den geringsten Schutz oder Entgegenkommen bei der Beamtenschaft zu finden und das für einen Lohn (im Monat Februar 1911 von 5,61 Mt.), der sozusagen aus Gnade bewilligt wurde, da auf das Gebinde von 1,20 Mt. pro Wagen nichts verdient werden konnte. Dabei sagte noch ein Mittagsteiger: „Nacht ihr es nicht, machen es andere.“ Zudem gab man der Morgen- wie der Mittagsteiger neben dem Schüttelmeister noch einen Beamten zur Aufsicht, um nur Kohlen und wieder Kohlen zu fördern. Den Vergewalt hat man vernachlässigt und es gilt allgemein nur als ein Wunder, daß keine Leute zu Schaden gekommen sind. Jetzt ist, wie schon erwähnt, Schluß und darüber herrscht bei allen darin beschäftigt Gewesenen allgemeine Freude. Bezüglich der Lohnerhältnisse sei bemerkt, daß man an Aufbessern der Löhne gar nicht denkt, im Gegenteil, das Gebinde noch immer zu reduzierten beabsichtigt; das besonders in dem Revier 9, wo die Schüttelkutschen vorherrschend sind. In diesem Revier verlangte man bei einer Flözgröße von einem Meter in den Schüttelkutschen eine Leistung von 10 und 12 Wagen Kohlen pro Bauer, wobei die Kohlen fast nur durch Sprengen gewonnen werden können. Die Gewinnung von 12 Wagen Kohlen wird von manchen Beamten nicht mal als Leistung angesehen, sondern man verlangt noch mehr. Die Zechenverwaltung soll auch dafür wachen, daß keine Leute während des Schichtwechsels in die Waidschne gezwungen werden, um Reparaturen an den Kleiderkasten vorzunehmen, es könnte sonst noch ein größeres Malheur passieren.

Beide Gutscher Lippe III. Ueber den Obersteiger X wird hier seitens der Arbeiter recht lebhaft Klage geführt. Sein Sprachschak enthält Ausdrücke, wie sie unter gebildeten Menschen nicht vorkommen sollen, z. B. „Arantier“, „hülle die Schmutz“, „Kerl, komme nicht zu nahe an mich heran, Du stinkst nach Petroleum“ usw. Auch der Verband ist ihm ein Dorn im Auge, hat er doch schon anderen gesagt: „Frage den Kerl mal, wie lange er schon im Verband ist!“ Dem Herrn Obersteiger wäre in seinem eigenen Interesse dringend anzuraten, sich eine bessere Umgangssprache anzueignen; im Interesse der Arbeiter müssen wir das fordern.

Beide General-Erbthalen. Neue Wesen fehen gut; das mußte auch die Belegschaft der Zeche General erfahren an dem neuen Jahrtage der Vergewalt. Anstatt daß dieser Herr einmal die erbärmlichen Strecken oder die Abbaumethode mit den Kalkstein ändern sollte, verzuete er durch fortgesetztes Gebingeregeln nach unten, den Arbeitern den Lohn zu schmälern. Auch macht er allerdand Negenkunstreue, die manchmal über eine Stunde dauern, um den Arbeitern Anzusteilen, daß auf dem Gebinde, welches er sehr, nach ein tieferer Lohn zu verdienen sei. Bei den Pierbetreibern braucht er die größten Ausdrücke und er hat vor einiger Zeit sogar einen Jungen gepöbelte. Dieses hat nun wohl auch vielfach dazu beigetragen, daß am 15. März weit über 100 Mann kündigten, bei einer Belegschaft von circa 800 Mann. Am 3. März kam, wie wir schon mitteilten, in der Morgenschicht ein kleiner Defekt an einer Spurlatte des Fördersehacks vor. Auf Befehl des Herrn Fabrikleiters wurde dieselbe zusammengetragen, dann konnte die Förderung weitergehen, aber der nächste Korb karambolierete schon. Das passierte zehn Minuten vor der Seilfahrt; wäre es nun bei der Seil-

fahrt geschehen, hätte es sicher einige Tote gegeben. Wäre sofort eine neue Spurlatte eingebaut worden, konnte die Karambolage vermieden werden. Kurz nach dieser Karambolage passierte es, daß die beiden Körbe sich paden und hierdurch entland wieder eine Störung, wodurch die Belegschaft einige Schichten feiern mußte. Um diese Sachen sollte sich der Fahrsteiger Vergewalt besser bekümmern, statt die Gebänge zu reduzierten, so daß dauerlöhne von 3 Mt. nichts Seltenes sind.

Beide Holland I und II. Die Verwaltung berichtet in Nr. 12 dieser Zeitung: „Es ist nicht richtig, daß auf Zeche Holland I und II vom 15. bis 20. Februar 205 Arbeiter bestraft worden sind, weil sie die Kohlenwagen nicht voll oder unrein geladen haben.“ Wir halten demgegenüber unsere Angaben anrecht. Wahr ist, daß im Monat Februar 1910 Mt. und im Monat Januar 900 Mt. an Strafen aller Art verhängt worden sind. Wahr ist weiter, daß oft Arbeiter bestraft werden wegen vorfichthilbrig geladenen Kohlenwagen, obwohl sie in keiner Weise Einfluß darauf haben, daß die Wagen vorfichthilbrig geladen werden können. Die Behauptung über das frühere „armliche“ Ausgabuntätigkeits Vorfall halten wir aufrecht infopen, daß bis zu dem Tage, wo der Vorfall ereignete, Vorfall auf der fünften Sohle anfahren und auf der sechsten Sohle anfahren konnte.

Beide Hugo III. Die Jubelei bei der Seilfahrt ist hier zu Hause. Diesen Mißstand zu beseitigen wäre bei einigermaßen guter Kontrolle leicht. Auch die Wetterlampen sind in schlechtem Zustande. Das Auslösen ist hier, besonders für die Nachschicht und Mittagsteiger, von großem Nachteil. Ausgelöst wird von 9 bis 10 vormittags, folglich muß die Nachschicht erst nach Hause gehen oder so lange warten; auch die Mittagsteiger erhält infolgedessen ihr Geld zu spät. Bei einigermaßen gutem Willen könnte bis 9 Uhr alles ausgelöst sein. Die Temperatur ist sehr hoch, die Kameraden klagen über sehr große Hitze. Die Sicherheitsmänner („Grüßliche“) scheinen die Hitze für grünländische Hitze anzusehen, denn sie haben in dieser Hinsicht noch lecher nichts getan. Es werden dauerlöhne weit unter 5 Mt. bezahlt; fragt man den Betriebsführer um besseres Gebinde, so sagt er: „Nein! Nur den Mut nicht sinken lassen, nur feste drauffloppen.“ Ferner möchten wir den Sicherheitsmännern raten, sich besser um die Sicherheit der Kameraden zu kümmern, damit nicht, wie in letzter Zeit, so viele Unglände passieren.

Beide Mont Genit I und II. In unserer Nr. 11 brachten wir eine Verichtigung dieser Zeche, worin die Angaben in Nr. 4 unserer Zeitung über das verobmübrige „Zumachen“ von Hohlräumen besprochen wurden. Dazu schreibt uns unser Gewährsmann, daß die Angaben nur nach genauer Prüfung gemacht worden sind und dieselben durchaus den Tatsachen entsprechen. Wenn in der Verichtigung gesagt wird, daß nach eingehender Vernehmung sämtlicher Steiger festgestellt wurde, daß eine derartige Anordnung niemals getroffen worden sei, so beweist das nichts. Keiner der Beamten hat ein Interesse daran, sich selbst zu belügen. Sie sind insofern der Soll- und Prämienfunktion vollständig abhängig und sie wissen sehr genau, daß sie andernfalls nicht so leicht unterkommen, wenn man ihnen den Vorstoß höher hängt. Wenn weiter „festgestellt“ wird, daß ein Betrag für „Zumachen“ von Hohlräumen nicht verrechnet ist, so stimmt das auch. Das wäre dann, sehr dumm von einem Beamten gehandelt. Das herrschende System bringt es mit sich, daß oft Verträge unter einer anderen Aufsicht verrechnet werden müssen, sonst gibt es einen Mißfall. Also auch damit ist nichts von dem Behaupteten widerlegt. Tatsache ist nun, daß seinerzeit der Dauer K. wegen Verstoßen von Hohlräumen entlassen wurde. Darauf wurde der Anschlag ausgehängt, welcher besagte, daß das Verstoßen solcher Hohlräume eventuell mit Entlassung bestraft würde. Als dieser Anschlag noch ausstehend, verhandelte der betreffende Revierleiter in der bezeichneten Weise über das „Zumachen“. Da der Ersatze hierunter „Zufüssen“ verstand, forderte er 150 Mt. (Es war der Pfeiler von 3-6 etwa acht Fuß, der Pfeiler von 6-7 sechsdeinhalf Fuß offen, bei hart 4 1/2 Fuß Höhe und je 12 Meter Pfeilerhöhe; also noch mehr, wie in dem Artikel behauptet wurde.) Der Steiger meinte nun, der untere Pfeiler sei nicht mitgerechnet, darauf forderte der Ersatze 50 Mt. Der Steiger kam nun damit heraus, daß er das „Zumachen“ wörtlich meine und bei 20 Mt. Darauf der Hinweis seitens des Ersatzeins auf den Anschlag und die Gegenüberung des Steigers. Es wurde dann der Pfeiler von 6-7 auf den Kastenempfen zugelegt und etwas Steine darauf gepackt. Eben wollte der Ersatze noch die Stempel schlagen, was der Steiger aber nicht für nötig hielt. Auch hier wurde Schramm draufgeworfen und darauf kamen die Schienen zu liegen. Wir hätten diese Sache nicht mehr angeknüpft, wenn wir durch das rigorose Entlassen nicht dazu gezwungen wären.

Beide Nordhorn III und IV. Die Strafen fehen hier auf diesem Büt in höchster Blüte, z. V. wegen unreiner Kohle, Frechheit gegen Beamte und alles mögliche andere. Ein Fall ist besonders kraß zu nennen. Ein Kamerad wurde innerhalb vier Monaten mit 21 Mt. bestraft, die letzten 5 Mt. bezahlte er angeblich wegen willkürlichem Feiern. Der Kamerad lag aber an Lungenschwundung krank darnieder und ist auch daran gestorben, trotzdem wurden ihm aber die 5 Mt. abgehoben. Wegen diesem Vorfall wurde das Ausgabuntätigkeits V. (Veränderer) beauftragt, die Ende zu untersuchen. Der Herr Obersteiger gab ihm zur Antwort: „Wenn Sie diesen Mann vertheidigen wollen, blamieren Sie sich selber.“ Also auch hier ist es so, das Recht vertheidigen heißt sich selbst blamieren. Mißstände sind genug vorhanden, besonders fehlt es an Holz und Schienen. Wird man wegen Lieferung vorstellt, so heißt es, halt euch welche, aber ohne anzugeben, was dafür bezahlt wird. Beschwerden sich Kameraden gegen Ungerechtigkeiten von seitens der Beamten, dann heißt es ohne weiteres: „Zum 15. wissen Sie ja Bescheid.“

Beide Weikanten. Auf diesem Büt wurde am 15. März neun Mann durch Anschlag an schwarzen Bretz gekündigt. Es sind zum größten Teil Verhandlungskameraden. Als der Betriebsführer Stramann gefragt wurde, aus welchem Grunde die Kündigung erfolgt sei, gab er verschiedene Antworten. Den einen will er um Privatfachen, den anderen aus Prinzip gekündigt haben. Daß der Herr Betriebsführer Arbeiter wegen Privatfachen kündigt, können wir schlecht glauben. Es soll daher wohl bei allen „Prinzipfachen“ sein. Aus „Prinzip“ hat man ja auch im Jahre 1908 nach der Landtagswahl 14 Kameraden entlassen, weil sie nicht blau oder schwarz gewählt hatten. Eins wollen wir dem Herrn Stramann sagen, nämlich, daß es unehon ist, Arbeiter, die sich selbst gekündigt haben, zu verentlassen, die Kündigung zurückzunehmen und dann denselben in ein bis zwei Monaten werksmäßig zu kündigen. So ist es 1908 gewesen und auch jetzt. Am 18. März wurde gefeiert, angeblich wegen Mangel an Holz. Die Arbeiter glauben nicht an Holzmangel, denn einen Tag feierten wegen Mangel an Holz und die anderen Tage Verhinderung verfahren lassen, um kündigt Kohlen fördern zu können, paßt nicht zusammen.

**Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.**

Gewerkschaft Ollsdorf. Verichtigungen brauchen nicht wahr zu sein; die Richtigkeit ihrer tatsächlichen Angaben ist nicht zu prüfen. Entschuldigungen des Oberlandesgerichts Breslau, der Amtsgerichte Heiligenstadt, Darmstadt usw.) — Zu den in Nr. 9 und 10 unserer Zeitung erschienenen Notizen über die Verhältnisse auf diesem Werk erholten wir unter Verfung auf das Verhalsch folgende angebliche Verichtigungen: „Strafen werden auf unseren Werken nur äußerlich selten verhängt. Im Jahre 1910 lösten der Arbeiterunterstützungskasse aus Strafgeldern im ganzen 510 Mt. zu bei einer Belegschaft von etwa 925 Mann. Die Strafgelder sind bis auf den letzten Pfennig nur für die Zwecke der Arbeiter verwendet worden. Die den Beamten gewährten Unterhaltungen fließen aus dem jährlich mit einem bestimmten Betrage von der Gewerkschaft dotierten Fonds für wohlthätige Zwecke, keinesfalls aber aus der Arbeiterunterstützungskasse, obwohl diese zu 1. jährlich mit 3000 Mt.) aus freiwilligen Zuwendungen der Gewerkschaft dotiert wird. Die Kontrolle über die Arbeiterlöhne, die bei uns im Jahre 1910 bei allen Arbeiterklassen geübt werden, dürfte durch die Reichsversicherungsstelle ohne Jahr Zutun schon einwandfrei gehandhabt werden.“ Auf den Gedanken, daß der von uns im Jahre 1910 erzielte Mehrerwerb auf Kosten der Arbeiter gemacht worden wäre, dürfte ein „einwandfreier“ Beurteiler nicht kommen, da aus unserem Jahresberichte neben den Gewinnziffern zugleich auch die Mehrförderung ersichtlich ist. Hochachtung! Gewerkschaft Ollsdorf. Baer.

Mansfelder Gewerkschaft (Hoyenthalshacht). Auf diesem Schachte verunglückte in der Nachtschicht vom 29. März der 19jährige Bergmann Hermann Tängel durch herniedergehendes Gestein tödlich. Die Unglücksfälle auf den Mansfelder Schächten vermehren sich in letzter Zeit unheimlich. Wenn genügend Holz gestellt würde, könnte mancher Unglücksfall vermieden werden. Durch die niedrigen Gebänge, wie sie hier in Mansfeld üblich sind, ist der Arbeiter gezwungen, alle Vorsicht außer Acht zu lassen. Die Antreiberei wird immer größer. Manche Beamte gehen überhaupt fehnbig vor. Auch an den üblichen Notizenkarten läßt man es nicht fehlen. Wechwert sich ein Arbeiter über irgend eine Sache, dann heißt es: „Die Papiere sind fertig!“ Großes Unrecht geschieht manchen jungen Arbeitern dadurch, daß, wenn

sie sechs Jahre den Bund gezogen haben und sind nur auf kurze Zeit von der Belegschaft weg gewesen, sie hernach als Fördermann geführt werden, während man die nur zwei und drei Jahre angefahren sind, vor Ort kommen und in ein paar Jahren die Dauerprobe machen. Viele haben sich darüber beschwert, es hilft aber nichts. An all den traurigen Verhältnissen sind auch viele Arbeiter selbst mit Schuld. Viele sind es noch, die noch nicht organisiert sind, die sich drücken. Schlicht euch dem Bergarbeiterverbande an, dann bildet ihr auch eine Macht und die Verhältnisse werden besser.

**Königsreich Sachsen.**

Grube Braunsdorf bei Auerbach. Hier herrscht seit einigen Jahren das getrennte Gebinde, wodurch die Schusterlei bis zur Erschöpfung getrieben wird. Wer gute Kräfte besitzt, kann dieselben in einigen Jahren ruinieren. Hauptächlich werden die Stimmorgane sowie der Magen in Mitleidenschaft gezogen. Auf den Kurfächern der Bergleute findet man fast regelmäßig verzeichnet: Magen- und Darmkatarrh oder Lungentrank (Kohlenlunge). Das ist nur eine Folge der Ueberarbeitung. Es hat alles seine Grenze und besonders die Gesundheit ist sehr schnell ruiniert. Die Grube erfährt dieselbe aber den Arbeitern nicht, wenn sie sich ruiniert haben, 85-87 Wagen sind schon in vielen Fällen in einer Schicht gefüllt worden von einzelnen Arbeitern. Das ist kein Arbeiten nicht, sondern ein wahnwitziges Drauffloppwählen, dem im Interesse der Arbeiter Einhalt geboten werden mußte. Dazu sind die Strecken noch schlecht und holprig, die Wagen vielfach kaputt und schlecht geschnitert, so daß sie kaum von der Stelle zu bringen sind; das Gebänge und die Platten liegen vielfach sehr mangelhaft und erschweren die Arbeit ungemein, alles Momente, die bei etwas gutem Willen geändert werden könnten. Die sanitären Einrichtungen müssen auch als unzureichend bezeichnet werden. Die Bewetterung ist manchmal so mangelhaft, daß die Arbeiter zur Karbidlampe gezwungen müssen, um überhaupt arbeiten zu können. Spöttisch wird den Arbeitern dann noch mancherlei gesagt: „Es brennt doch nicht so schlecht!“ Der Sicherheitsmann scheint auch verschiedenen Leuten ein Dorn im Auge zu sein und das ist bei den herrschenden Verhältnissen erklärlich. Dieser aber hat unter diesen Umständen eine schwere Aufgabe, der er nur gerecht werden kann, wenn die Arbeiter ihn unterstützen, indem sie die zum Schutze von Leben und Gesundheit erlassenen Vorschriften streng beachten und sich nicht durch sinnlose Draufflopperei davon abhalten lassen. Bedauerlich ist es ja, daß viele Arbeiter noch nicht eisehen gelernt haben, was ihnen nutzt. Hoffentlich sieht die Bergbehörde einmal nach dem Nechten.

Lugauer Steinkohlenbawerein. Es ist ja allgemein bekannt, daß die Bergverwaltungen streng darauf achten, daß auf den Werken oder im Arbeitsverhältnis keine Agitation getrieben wird. Ins sind Fälle bekannt, wo schon Kameraden entlassen wurden, wenn sie angeblich verurteilt haben. Mitglieder für die Organisation zu gewinnen. Selbstverständlich trifft das nur zu, wenn für den Verband der Bergarbeiter agitiert wurde. Anders liegen die Dinge, wenn Beamte als Agitatoren auf der Grube tätig sind, wenn Steiger, Fahrgehilfen, Materialverwalter usw. nicht etwa unter ihren Kollegen agitieren, um sich ebenfalls zu organisieren, sondern unter den Arbeitern, um diese zu veranlassen, in Zukunft nach strengstem Schema Kohlen zu haben oder die Kasse zu heigen. In letzter Zeit hat sich diese Aufgabe Herr Bergverwalter D. u. H. von Lugauer Steinkohlenbawerein zu eigen gemacht. Dieser Herr, welcher sehr viel Zeit zu haben scheint, wandert umher und zieht Erkundigungen ein, wer Mitglieder des Vereins für Agitation getrieben ist. Seine Neugierde geht so weit, um auch zu wissen, wer im Bergarbeiterverband ist und ob bestimmte Kameraden denn nicht einmal gefragt haben, ob sie sich dem Anknüpfen anschließen wollen. Aber, Herr Bergverwalter, wissen Sie denn nicht, daß wir doch 20. Jahrhundert schreiben? Was man mit diesen, nicht einmal recht lang gestellten Fragen erreichen will, bedarf keines großen Nachdenkens. Wir sind der Meinung, daß das Ende der Arbeiter ist, Herr D. u. H., und nicht in den Bereich ihrer Tätigkeit gehört.

**Oberbergamtsbezirk Breslau.**

Uberschicht (Lichtenau). Der Direktor J. von der hiesigen Grube ist den Arbeitern gegenüber nicht allzu einnehmend. So befragte er eine Kameradschaft auf dem Hülfschacht, wieviel Wagen sie liefern könnte und was sie pro Wagen erhält. Die Kameraden sagten 35, höchstens 40 Wagen, und sie erhielten 18 Pf. pro Wagen, was bei 35 Wagen einen Lohn von 6,30 Mt. für zwei Mann und 3,15 Mt. für einen Mann ergäbe. Darauf sagte der Direktor, das sei ein guter Abschloß, wenn sie immer noch 3 Mt. verdienen könnten. Er empfiehlt den Bauern so mitzufahren wie der Schleppe fährt und den Schleppe so vor der Arbeit zu haben wie der Schleppe, damit mehr geliefert würde. Dabei darf der Schleppe nicht allein vor der Arbeit arbeiten. Zu einem schon mehrere Jahre in der Grube beschäftigten und verbeirateten Arbeiter sagte er: „Wie alt bist Du Junge, was ist das für ein Junge?“ Soll auf diese Weise das gute Einvernehmen geklärt werden? Was würde der Direktor sagen, wenn man ihm so befragte? Verdient er auch nur einen Lohn von 3 Mt.? Dorf man ihn auch als Jungen bezeichnen?

Christmann (Honsdorf, Auerbach). Der Gedanke, Kohlen zu fördern, scheint alle anderen Bedürfnisse auf dieser Grube in den Schatten zu stellen. So wird das Gebänge in Bergbaustollen, wo ein großer Teil der Belegschaft einfahren muß, mit Steinen ausgefüllt, die den Bergmann jeden Augenblick in Gefahr bringen, die Füße zu verletzen. Wenn dadurch die Trunkenheit erzielt werden soll, wäre es angebrachter, den Wasserlauf in Ordnung zu halten. Auch wird übersehen, daß auf dem 1900 Meter-Querschlag, auf der ersten Sohle, schon ein Durchbruch gefährlich ist, da mehrmals das Gebänge heruntergefallen ist, wobei zahlreiche schwere Steine fielen. Wenn die Stumpels nach Meinung der Beamten nicht genügend gearbeitet haben, werden sie als faul bezeichnet, es kommt auch mal eine geleitete Schicht beim Anrechnen ins Vergeffen. Mit dem gefährlichen Dummheit wird manchmal umgegangen, als wenn es Zucker wäre, z. V. wird dieselbe nicht in Wägen ausgegeben, sondern es wird mühter den Stumpels in die Tasche gesteckt. Die Löhne sind so niedrig, daß in den letzten Tagen eine Anzahl Schleppe nicht anfahren, weil man ihnen zu mühtete, für 2,40 Mt. die Schicht zu arbeiten. Diese so schlecht Entlohnten wurden notiert, um den Schein zu erwecken, als ob es sich nur um ein Versehen handelte. Werden den Bergarbeitern nicht bald die Augen aufgehen und sie befragen lernen, daß nur gute Organisationen diese Verhältnisse bessern können?

Taufschicht (1. Abteilung). Etwas weniger Schwereigkeit wäre beim Aufsteher Schöpfer entschieden am Plage. Nicht genug kann diesem Mann gearbeitet werden, bei der geringsten Kleinigkeit heißt es: „Ihr bekommt nur die halbe Schicht.“ In dem Bestreben, möglichst viel zu leisten, um den Beamten zufrieden zu stellen, lassen die Arbeiter manchmal die nötige Vorsicht außer Acht und die Folgen sind, daß sie Verletzungen davontragen. So wurde kürzlich ein Schleppe am Fuße verletzt, was bei größerer Vorsicht hätte vermieden werden können. Infolge der niedrigen Löhne ist es für die Bergarbeiter doppelt schmerzhaft, wenn fortwährend noch Feiertagschichten eingelegt werden. Um einen Ausgleich zu schaffen, wäre sehr zu wünschen, wenn nicht immer ein und dieselben Personen, während die Belegschaft feiert, zur Zimmerung beordert würden. Hier könnte jeder einmal davon kommen und wäre dadurch viel Unzufriedenheit beseitigt.

Melschorgube (Titterschach). Eine große Unzufriedenheit herrscht unter den Lechbauern, die am 1. Januar befördert worden sind. Von jeder ist es üblich, daß die Lechbauer 10 Pf. pro Schicht weniger erhalten als die Bauer. Dieses Jahr ist es aber anders. Trotzdem die Beförderung vom 1. Januar aus geht, wurden die Leute erst am 15. Januar gewahrt, daß sie befördert waren. Mit der Vergütung ist es noch schlimmer. Nicht genug, daß die Leute im Monat Januar noch einmal für den Schleppearbeiten mußten, bekamen sie auch jetzt noch nicht 10 Pf., sondern 50 Pf. weniger pro Schicht als die Bauer. Durch diese Maßnahmen sind die betroffenen Leute mit dem Lohn nicht besser gestellt, als wo sie noch Schleppe waren, als einziger Erfolg ist ihnen nur der Titel geblieben. Wenn man bedenkt, daß ein Bergarbeiter auf der Melschorgube erst 6-7 Jahre als Schleppe arbeiten muß, ehe er zum Lechbauer befördert wird, wäre es nicht mehr als recht und billig, diesen Leuten das zukommen zu lassen, auf das sie Anspruch haben. Ob durch solche Maßnahmen einer Erhöhung der Gebänge vorgebeugt bzw. einer Kürzung der Gebänge die Weg geachtet oder der Verlust gedeckt werden soll, ist dadurch entstanden ist, daß in der 1. Abteilung in Strecke 10-12 ein toller Haufen Gebänge und Wasserrohre verbrochen ist — wer soll es wissen! Mag dem sein wie ihm wolle. Die betreffenden Kumpels haben alle Ursache, zu verlangen, daß ihnen über die sonderbaren Maßnahmen Aufklärung gegeben wird. Um geordnete Zustände bei der Seilfahrt herbeizuführen und die nötigen Strafen zu vermeiden, wäre es angebracht, wenn, wie auf anderen Gruben, Seilfahrtsmarken angeschafft würden.



Lohnaufbesserung für die Saarbergleute gibt es nicht

Das ist das Ergebnis der Verhandlungen im Landtag über die Revision, richtiger Beteiligter, der königlich-christlichen Saar-Kumpels. Um eine Erhöhung und einige salbungsvolle Neben...

Der „Vergknappe“ spielt zur Abwechslung wieder einmal den wilden Mann. In seiner Nr. 13 führt er in einem Leitartikel u. a. aus:

Die Forderungen des Gewerkschafts zur Erzielung höherer Löhne für die Saarbergleute stoßen auf sehr große Hindernisse nach den verschiedenen Seiten. In erster Linie bei der staatlichen Bergverwaltung. Sie erklärt die Erhöhung der Löhne für unmöglich wegen der mangelhaften Rentabilität des Staatsbergbaues. Wir haben das erwartet!

Also erwartet hat das die schwarz-gelbe Generalität und trotzdem hat sie die armen Saarkumpels aufs Eis geführt! Nach diesem Eingeständnis hat man also nur Komödie gespielt als man an den Landtag ging und zu Sadow pilgerte. Nicht übel! Besonders Interesse haben für uns die „sehr großen Hindernisse nach verschiedenen Seiten“, von denen der „Vergknappe“ schreibt. Er gibt nur eines dieser „Hindernisse“, die sich einer Lohnerhöhung entgegenstellen, die staatliche Bergverwaltung, an. Welcher Art waren denn aber die anderen großen Hindernisse? Hoffentlich drückt sich der „Vergknappe“ nicht um eine klare Antwort!

Dann führt der „Vergknappe“ weiter aus, daß die staatliche Bergverwaltung seit Jahren angegriffen worden sei, weil der Staatsbergbau sich angeblich ungenügend rentiert; diesen Vorwürfen sei sie aber nicht energisch entgegengetreten, habe dieselben vielmehr als zum mindesten teilweise berechtigt anerkannt und sich befreit, durch Ermäßigung der Arbeiterlöhne, einen ansehnlichen Ueberschuß zu erzielen. Die Arbeiter müßten darunter nutzlos leiden; der Staatsbergbau müsse mindestens das leisten, was der Privatbergbau leistet, sonst habe er keine Existenzberechtigung und verdiene beseitigt zu werden. Wörtlich heißt es dann weiter:

„Die staatliche Bergverwaltung muß auch nachweisen können, daß der Staatsbergbau genügend leistet. Kann sie das nicht, so gibt sie damit zu, daß entweder der Staatsbergbau keine Existenzberechtigung hat und verdient beseitigt zu werden, oder daß die staatliche Bergverwaltung nichts taugt. Es müssen denn aus dieser Tatsache die Konsequenzen gezogen werden. Wenn der Staat grundsätzlich unfähig ist, Bergwerksbetriebe zu leiten, so muß er seinen Bergwerksbetrieb abschaffen. Ist aber die staatliche Bergverwaltung selbst an einer ungenügenden Rentabilität der staatlichen Bergwerksbetriebe, so muß man diese in den Ruhezustand versetzen. Entweder — oder!“

Diese Phrasen klingen ja recht radikal, nur können sich die armen genasführten königlich-christlichen Kumpels keine Suppe davon machen. Es sind Phrasen, die nichts kosten, die nur ge-droht werden, um die königlich-christlichen Kumpels weiter am Karrenseil zu ziehen. Derselbe „Vergknappe“, der jetzt diese radikalen Phrasen drischt, wird bei der nächsten Gelegenheit wieder in der tiefsten Demut ersterben vor den reaktionären Mächten (sehr große Hindernisse nennt sie der „Vergknappe“ in seiner Umschreibung), die von einer Aufbesserung der Arbeits-löhne nichts wissen wollen.

Und warum sind z. B. die westfälischen Gruben des Staates nicht rentabel? Warum erfordern sie alljährlich große Zuschüsse, fällt Ueberschüsse abzuwerfen? Weiß das der „Vergknappe“ nicht? Weiß er nicht, daß der Staat beim Verkauf der Felder von den „Kontakthaltenden“, Arbeitern gründlich über-s Ohr gehauen wurde, denen die Gewerkschaftsleitung Zutreiber-dienste leistet? Im Antwort wird erbeten!

Bei Beratung des Berggesetzes im preussischen Landtag leistete sich auch der schwarz-gelbe Gewerkschaftsminister und Zentrum-abgeordnete N u b s ch eine Rede, worin er aus die folgenden Ausführungen der „Königlichen Zeitung“ anführte:

„Die Lage hat sich die wirtschaftliche Lage der Arbeiter weniger durch den verhältnismäßig geringen Rückgang des Nominallohnes als vielmehr durch das Sinken des Reallohnes, durch die verminderte Kaufkraft des Lohnes verschlechtert. Alle Schichten der Bevölkerung empfinden bitter die Verteuerung der Lebenshaltung, die uns die letzte Zeit, besonders auch wieder das laufende Jahr gebracht hat. Den schon früher geringeren Schweinefleischpreisen, auf die eine schlechte Kartoffelernte weiter erhöhend wirken muß, folgte in jüngerer Zeit eine plötzliche Preissteigerung des Rindfleisches um etwa 30 Prozent. Brot und Kartoffeln, die beiden wichtigsten Nahrungsmittel im Arbeiterhaushalt, sind fast im Preise gestiegen; der Zentner Kartoffeln kostet infolge der schlechten Ernte 4 Mk., während der Preis sich in normalen Jahren auf etwa 3 Mk. stellt. Die Verteuerung der vielen Waren liegt also hauptsächlich in den lebensnotwendigen Lebensmittelpreisen und in der Verteuerung der ganzen Lebenshaltung. Selbstverständlich ist es, wenn der Arbeiter in höheren Löhnen einen Ausgleich zu erlangen sucht.“

Unbisch unterstrich diese Darlegungen des Kölner Organs mit den Worten: „Also: der Lohn ist gestiegen, aber die Kaufkraft der Löhne ist nicht entsprechend gestiegen. Das verschlechtert die Lage der Arbeiter natürlich erheblich.“

Dann sagt er weiter: „Meine Herren, daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiter im allgemeinen nicht günstig ist, ergibt sich aus einer Mitteilung, die ich der „Saarpost“ entnehme. Diese brachte am 18. September z. B. aus dem Amtsblatt des Kreises Wittlicher Nr. 26 die Mitteilung, daß die Forderungen gegen beschäftigte Bergarbeiter wieder demselben zugekommen haben, daß sich die Berginspektionen veranlaßt sehen, künftig den Schuldnern im Falle wiederholter Forderungen die Arbeit zu kündigen.“

Meine Herren, das ist keine sehr schöne Mitteilung, um so weniger, weil man es im Saarrevier mit einer Arbeiterchaft zu tun hat, die im allgemeinen unsere Achtung verdient. Ich verweise darauf, daß ein Beamter der Königl. Bergwerksdirektion, Saar-brücken, Herr Bergwerksinspektor Dr. Herbig, im vorigen Jahre im „Wald auf“ auf Seite 1888 den Saarkumpeln wie folgt schrieb: „... daß deren bodenständiger Charakter sponedies im Besitz des eigenen Hauses das selbstverständliche und auch unter widrigen Umständen zu verfolgende Ziel ist.“

Meine Herren, es ist deshalb unter normalen Verhältnissen fast unerklärlich, daß das königliche Amtsblatt für Ottweiler die Mitteilung bringen kann, daß in letzter Zeit in vermehrter Weise Forderungen bei den Bergarbeitern vorkommen.

Ich habe eine Statistik — diese ist uns das Mittel — auf Grund privater Erhebungen, die nachweist, daß in vielen Orten an der Saar die Verschuldung der Bergarbeiter zunimmt. Ich gebe zu, daß private Erhebungen selten vollkommen sind; von dieser muß ich aber sagen, daß man alle Momente berücksichtigt hat; die geeignet sind, die Statistik möglichst vollkommen zu machen. Ich kann da im allgemeinen folgendes feststellen — ich will Sie mit vielen einzelnen Zahlen nicht bestrahlen, um die Debatte nicht zu verlängern: „Am 1. Januar 1909 hatten 5811 Bergleute in 15 größeren Orten des Saarreviers — ich kann Ihnen die Orte nennen und auch die einzelnen Zahlen nach vorlegen, wenn Sie es wünschen — zusammen in 148 Geschäften 278 741 Mk. Schulden. Am 1. November 1910, also nach 23 Monaten, hatten 7414 Bergleute, also bedeutend mehr, in etwa 200 Geschäften zusammen 415 042 Mk. Schulden.“

Durch diese Umschreibungen schlägt Unbisch sich und die schwarz-gelben Christenführer selbst ins Gesicht; sie waren es doch, die die fortgesetzten Mandzünge der Junker und Junker-genossen auf die Löhnen des arbeitenden Volkes guthießen und verteidigten und sich dadurch zu Mitschuldigen machten. Nur dadurch ist die allgemeine Tenerrung und Volkstrot entstanden. Willkür hat man in Gestalt von Zöllen und indirekten Lebens- und Verbrauchsmittelsteuern aus den Taschen der Armen genommen und es den schwerkreichen Junkern und Junker-genossen gegeben. Die Tiraden Unbisch sind darum nichts wie eine Komödie, um den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen. Dann verlangte Unbisch eine bessere Behandlung der „guten Arbeiterorganisation“, worunter er die von den schwarz-gelben Generalen geleitete christlichen Kumpels versteht. Dabei schwenkte er mit dem roten Koppen wie folgt:

„Ich will mich heute nur auf die Ausführung beschränken, daß mir aus dem Saarrevier Mitteilungen zugegangen sind, wonach man hier und da auch in höheren Beamtenkreisen Meinung zeigt, wenn nicht direkt, so doch indirekt, eine Organisationsrichtung zu unterstützen, welche nicht arbeitet in Anerkennung der gegenwärtigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, wie es mit vollem Recht die christlichen Gewerkschaften tun.“

Dieses feige Denunziantenstückchen hätte sich Unbisch sparen können, weil es jeder Grundlage entbehrt. Im Saarrevier sind besonders auf den staatlichen Gruben die freien Gewerkschaften streng verpönt, weil man sehr wohl weiß, daß es diesen erst ist mit der Vertretung der Arbeiterinteressen. Man bekämpft sie darum mit den unschönsten Mitteln und protegiert dafür die christlichen Gewerkschaften, mit denen man nach Belieben umspringen kann. Die armen christlichen Kumpels, die sich derart von ihrer Zeitung am Karrenseil ziehen lassen, sind tief zu bedauern.

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund. Eine Irrfahrt

Der öffentlichen Meinung enthält, wie uns zugehende Zeitungsaus-schnitte lehren, der Reichstagsberichtsbericht vom 21. März 1911 in arbeiterfeindlichen Blättern. Ein gewisser Parlamentsberichterstatter läßt unseren Kameraden S u e vom „ausländischen Lumpengefähr-“ leben. Daß S u e, der bekanntlich internationaler Bergarbeitersekretär ist und zu ausländischen Kameraden die freundschaftlichsten Beziehungen unterhält, diesen Unbrud nicht gebraucht, stand für uns ohne Nach-prüfung fest. Wir drücken aber in dieser Nummer den betreffenden Teil der Reichstagsrede S u e s nach dem Stenogramm ab, so daß sich nun jeder Leser davon überzeugen kann, daß jener Zeitungs-bericht un wahr ist.

Achtung Bergarbeiter!

Die Kassierer und Verkäufer der Kredit- und Abzahlungsbranche haben sich zwecks Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zum Teil der Sektion der Einassierer des Deutschen Transportarbeiterverbandes als Mitglied der angeschloßen. Ein großer Teil dieser Kassierer und Verkäufer steht aber der Organisation noch fern und hemmt somit die Weiterentwicklung der Sektion. Da die Kundschaft dieser Branche nun zum meißten größten Teil bei den Arbeiterfamilien zu suchen ist und hier im Ruhegebiet überwiegend aus Bergarbeitern besteht, möchten wir die Kameraden bitten, ein wachsames Auge auf diese Leute zu haben. Es kommt vor allen Dingen in Betracht die Manu-faktur- und Nähmaschinenbranche. Man schließe keine Käufe mit Leuten ab, die nicht organisiert sind, vor allem die Hausfrauen mögen dieses beachten. Die organisierten Kassierer und Verkäufer sind im Besitze einer gelben Kontroll-karte mit dem Vermerk: Sektion der Einassierer. Diese Karte muß laufend abgestempelt sein. Wer nicht im Besitze dieser Karte ist, den weise man zurück. Wenn die Kameraden uns in dieser Weise unterstützen, wird es möglich sein, auch für diese schwer kämpfende Arbeiterkategorie gesündere Verhältnisse zu schaffen.

Die Sektionsleitung der Einassierer. J. L. Otto Schreiber, Dortmund, Leibnizstr. 2011.

Knappschaftswahlen.

Am Freitag, den 28. April, finden in den Sprengeln 127 (Stadt Essen), 402 (Wuer-Erle), 226 (Wanne), 410 (Gladden), 44a (Uffeln), 15a (Bradel), 90a (Waktrap), 92a (Lichtenborn und Geisfeld), 135a (Schommedel), 186a (Leithe und Unterleithe), 172 (Gelsenkirchen), 272a (Quisburg-Weiderich), 333a (Dahlhausen), 392a (Wuer-Nord) und 385a (Wuer), die Knappschaftswahlen statt. Die Begrenzung der Wahl-sprengel und die Wahlsokale haben wir schon in unserer letzten Nummer mitgeteilt.

Gewählt wird am 28. April vormittags von 9—12 und nachmittags von 4—7 Uhr.

Wahlberechtigt sind alle Mitglieder sowohl der Kranken-, als auch der Rentenklasse, welche im Sprengel wohnen, 21 Jahre alt und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Um zur Wahl zugelassen zu werden, müssen sich die Wähler bis spätestens zwei Wochen vor der Wahl, d. i. bis zum 13. April, in eine von der Bergverwaltung aufzustellende Wählerliste eintragen lassen. Spätere Anmeldungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Als Wahllegitimation dient der Ausweis, welchen sich jeder Wähler auf der Zeche, wo er arbeitet, ausstellen lassen muß. Dasselbe muß jeder unentgeltlich in die Wählerliste eintragen und besorge sich den Ausweis, damit niemand seines Wahlrechtes beraubt wird.

Unsere Kameraden müssen aber unentgeltlich mit allen Kräften die Wahlarbeit besorgen, damit die Wahlen günstig für den Verband ausfallen. Die Sprengel liegen zumeist für den Verband nicht günstig; der Erfolg kann daher nur durch unermüdete Kleinarbeit gefördert werden, auch unsere Gegner sind an der Arbeit. So schreibt uns ein Kamerad über den Sprengel 172 (Gelsenkirchen):

„Ein sehr unvorzuer Knappschaftsprengel ist der Sprengel 172. So wurde die Wahl vom 30. Dezember 1910, welche mit einer Wieder-“

Wahl der „Christlichen“ endete, vom Knappschaftsvorstand für ungültig erklärt. Um nun den Sieg bei der Neuwahl am 28. April d. J. an ihre Fahne zu heften, betreiben die „Christlichen“ eine Agitation, wie sie elender nicht geführt werden kann. So legen die „Wahrheitsliebenden“ „Christlichen“ u. a. die Blüge in die Welt, der „Gesamtheit“ des alten Ver-bandes hätte selbst den Protest gegen die Wahl vom 30. Dezember 1910 eingelegt und im Geheimen ein „Kompromiß“ mit den „Christlichen“ zu der bevorstehenden Wahl geschlossen. Die Absichten dieser „Chri-stlichen“ liegen so klar: Unmöglichkeit in die Reihen der Verbände-kameraden zu pflanzen ist der einzige Zweck dieser Verleumdungen. Ich erkläre, daß dies alles elende Lügen und Verleumdungen sind. Ich habe weder Protest eingelegt, noch ein Kompromiß mit diesen so-genannten „Christlichen“ geschlossen. Diese Sorte Menschen handelt eben nach dem Grundsatz: Der Zweck heiligt die Mittel.“

Die Sicherheitsmännerwahl

auf Zeche Monopol, Schacht Grillo, am 27. März brachte folgendes Resultat: Auf den Verbandskandidaten entfielen 48 und auf den „Christlichen“ 12 Stimmen. Der Verbandskandidat ist also gewählt.

Offener Brief an Herrn Landtagsabgeordneten Franz Saueremann, Duisburg-Weed.

Sehr geehrter Herr!

Sie haben in der 88. Sitzung des preussischen Landtags am 30. März d. J. nach dem stenographischen Bericht, Seite 4668, ausgeführt:

„Herr Hoffmann hat endlich von den Kriegerveeremittelgebern in Langenbrunn geredet, die sich Mausegewehre beschafft hätten. Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, Herr Kollege Hoffmann, daß Langenbrunn nicht so weit von Bochum ab liegt. Dort befindet sich das Gewerkschaftshaus des alten Verbandes, wo man im Jahre 1905 während des Streiks auch eine Menge Revolver gekauft hat. Vielleicht hat man sich das in Langenbrunn zum Beispiel genant.“

Herr Saueremann! Sie sind von Arbeitern gewählt, um im Par-lament deren Interessen zu wahren. Dieses zu tun haben Sie aus-drücklich versprochen, als Sie dem sozialdemokratischen Parteisekretär Jhren Danks für die Wahlhilfe der sozialdemokratischen Wahlmänner erstatteten. Schreiben Sie doch damals in Ihrem Brief an den Parteisekretär Schlußmann folgendes:

„Wenn ich auch politisch nicht Ihrer Partei angehöre, so ist es doch selbstverständlich, daß ich als armer, beschöpfer Arbeiter auch als solcher denke und fühle und immer an erster Stelle dort zu finden sein werde, wo es gilt, die Interessen meines Standes wahrzunehmen oder für unsere heiligsten Rechte zu kämpfen.“

So schreiben Sie, Herr Saueremann, als Sie mit sozialdemokra-tischen Wahlhilfe neugeborenen Landtagsabgeordneter geworden waren. Nachdem Sie dieses einige Jahre sind, haben Sie die Interessen Ihres Standes wahrzunehmen ganz vergessen. Kein Wort der Kritik hatten Sie für die Tatsache, daß man sich Mauseg-gerewehre auf der Zeche Langenbrunn verschafft hatte. Dabei wird Ihnen ja auch nicht ganz unbekannt geblieben sein, daß die Sache nicht so harmlos war, wie die Verwaltung es veruchte darzustellen. Die Gewehre sind mit Zechenführwerk aus der Waffenhandlung zur Zeche geholt und dort gereinigt und reguliert worden. Dieses geschah zu einer Zeit, als die Bergarbeiter sich in einer Lohnbewegung be-fanden. War dieses nicht eigentümlich? Kein Wort der Kritik hatten Sie für dieses Verhalten. Sie taten das Gegenteil. Sie sprangen der Zeche zu Hilfe und verleumdete den Bergarbeiterverband resp. dessen Vorstand. Sie benutzten die Tribüne des Landtages und Ihre Immunität, um Ihre Gegner zu verleumdern. Sagen Sie, Herr Saueremann, wo sind die Menge Revolver gekauft worden? Auf dem Verbandsbureau in Bochum, behaupten Sie. Das ist nicht wahr. Daß es nicht wahr ist, wird Ihnen ja durch die Gerichtsverhandlungen, die darüber geführt worden sind, bekannt geworden sein. Sie haben also nicht nur leichtfertig gehandelt, sondern bewußt vor aller Welt die Unwahrheit von der Tribüne des Land-tages ausgesagt.

Es sind keine Menge Revolver 1905 für das Verbandsbureau ge-kauft worden, sondern zwei Schieß. Diese sind auch erst dann gekauft worden, nachdem im Warenlager des Konsumvereins, das im Ver-bandsbureau untergebracht ist, zweimal Einbruchdiebstahl verübt worden war und weiter fast eine Million Mark Sammelgelder für die Streifen-der auf der Verbandskasse waren. Es geschah dieses nicht zum Ver-gnügen, sondern um eventuell das vorhandene Streifengeld vor Dieben zu verteidigen. Zu diesem Zwecke hat der Hausmann und der Kassierer je einen Revolver erhalten. Würde z. B. Streifengeld gestohlen worden sein, dann wären davon sind wir überzeugt, Sie und Ihre „Chri-stlichen“ Freunde es gewesen, die über die Verbandsleitung hergefallen sein würden. Kein anständiger Mensch wird an dem Verhalten der Verbandsleitung etwas finden. Selbst die Polizei hat hiergegen nichts einzumenden. Anstandslos hat sic dem Verbandskassierer einen Waffenchein zur Verfügung gestellt.

Wie kommen Sie, Herr Saueremann, nun dazu, zu sagen, die Verbandsleitung habe eine Menge Revolver gekauft und die Zeche Langenbrunn habe sich dieses zum Beispiel genant? Dieses haben Sie doch nur mit der Absicht sagen können, die Zeche n e r w a l t u n g zu verteidigen. Ihre Umgehung im preussischen Landtag scheint mächtig auf Sie eingewirkt zu haben; sonst ist es nicht zu verstehen, wie Sie so reden und behaupten die Unwahrheit sagen tonanten.

Vertritt man so Arbeiterinteressen? Vielleicht geben Sie uns hierüber Auskunft. Des weiteren erwarten wir von Ihnen, daß Sie Ihre Verleumdungen, die Sie gegen die Verbandsleitung ausgesprochen haben, zurücknehmen, so wie es sich für einen Ehrenmann gebührt. Ober begreifen Sie darauf, dieses zu sein?

Bochum, den 31. März 1911.

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

Lohnunterschiede der Bergarbeiter.

Wir erhalten folgende Berichtigung: „In Nr. 10 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 11. März d. J., Seite 6, ist unter der Ueberschrift: „Lohnunterschiede der Bergarbeiter“ folgende Tabelle veröffentlicht, die angeblich die auf Zeche Katharina von einem Bauer vom Oktober 1909 bis Januar 1911 verdienten Löhne enthält:

Table with 4 columns: Schichten, Lohn p. Monat, Abzüge, Strafen Reinverdienst. Rows include months from October 1909 to January 1911, ending with a Summa row.

Zum Anschluß hieran wird ausgeführt, bei gutem Willen ließe sich hier ein besserer Ausgleich schaffen, der gute Wille sei selber nicht vorhanden. Wir bemerken hierzu, daß die Deputation, es handle sich bei den angegebenen Löhnen um Sauerlöhne, nicht richtig ist. Der in Betracht kommende Arbeiter Friedrich Strugold war vielmehr nur bis Juni 1910 als Zecharbeiter beschäftigt. Daß der Mann einen verhältnis-mäßig geringen Lohn verdient hat, war nicht Schuld der Gruben-verwaltung, sondern ist darauf zurückzuführen, daß ihn keine Kamerad-schaft bei sich haben wollte, weil er bei seiner Kurzsichtigkeit und Schwerhörigkeit weniger leistete. Es blieb daher nur übrig, den Mann



als Hilfsarbeiter, Bergschlepper, Streckenarbeiter usw. im Schichtlohn zu beschäftigen, da er sonst hätte entlassen werden müssen und arbeitslos geworden wäre.

Mein Zweck ist erfüllt!

sagte das „christliche“ Ausschussmitglied Philipp Schmitz in der Ausschussung der Zeche Konordia II am 28. Januar, als die Forderung der drei Verbände auf 100prozentige Lohnerhöhung abgelehnt worden war.

Am nun eine Klärung dieser Angelegenheit herbeizuführen, fand am 28. März in Oberhausen eine Delegiertenversammlung der Zeche Konordia II statt, die von den in Frage kommenden Ausschussmitgliedern des Verbandes, der Polen und des Girsch-Dunderischen Gewerkschafts einberufen worden war.

Das Blatt ist Eigentum des Bezirksverbandes und erscheint achtmal in einer Auflage von zunächst 7000 Exemplaren. Bei der ständigen Zunahme der Werbervereine steigt die Auflage ständig und schnell.

Der Reichsverband der Werbervereine hat nun auch unser Blatt von den Industriellen und den Werkleitern regelmäßig gelesen werden.

Dem Schreiben selbst haben wir nur wenig hinzuzufügen. Der Fabrikarbeiterverband braucht in Essen nicht einmal in einzelnen Betrieben den Gelben als Feld zu überlassen, seine Gesamtentwicklung werden die Gelben überhaupt nicht hemmen.

Das unter dieser Überschrift erscheinende Bericht in Nr. 10 der „Bergarbeiter-Zeitung“ scheint bei dem Leser der rund 50 Mann starken „christlichen“ Armee tüchtig Abdrücken verursacht zu haben.

Das sind so einige Blüten aus dem Sprachgärtchen einiger „Christen“ der Rheinisch-Westfälischen Bergarbeiter-Zeitung. Man merkt daran die Erziehung durch den „Bergknappen“.

Nach eigener Angabe haben es die Gelben im Ruhrgebiet in 22 Jahren auf 6-7000 Mitglieder gebracht, wovon allein bei der Firma Krupp 5000 beschäftigt sein sollen.

Die Stärke der gelben Werbervereine im Ruhrgebiet geht aus folgenden Schreiben hervor, daß der Arbeiterpresse zur Verfügung gestellt wird.

standen, der schon nach einem halben Jahre den Einfluß des sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverbandes auf dem Werke vollständig gebrochen (?) hat.

So bestehen in Essen und Umgegend jetzt schon 20 Werbervereine, die sich für sich zu einem „Bezirksverband der Werbervereine von Essen und Umgegend“ zusammengeschlossen haben.

Das Blatt ist Eigentum des Bezirksverbandes und erscheint achtmal in einer Auflage von zunächst 7000 Exemplaren. Bei der ständigen Zunahme der Werbervereine steigt die Auflage ständig und schnell.

Wir richten nun an Sie die höfliche Bitte, uns durch Aufgabe eines Inserates von längerer Dauer freundlichst zu unterstützen, wie dies auch von anderen angesehenen Firmen geschehen ist.

Wir schließen weiter einen informierenden Artikel: „Was sind und was wollen die Werbervereine“ zur freundlichen Kenntnisnahme bei und sehen ihrer gefälligen zugehörigen Antwort sehr ergeben entgegen.

Oberbergamtsbezirk Breslau. Christliche Kampfesweise und Erfolge in Niedererschleichen. Der unter dieser Überschrift erscheinende Bericht in Nr. 10 der „Bergarbeiter-Zeitung“ scheint bei dem Leser der rund 50 Mann starken „christlichen“ Armee tüchtig Abdrücken verursacht zu haben.

Der große General-Gall ist so erlosch, daß er uns sogar Klage in Aussicht stellt, ein Verbot, daß die Hiebe gefessen haben. Das kann übrigens heiter werden, wird doch Herr Gall, falls er seine Drohung wahr macht, erfahren, daß es nicht gut ist, auf andere mit Steinen zu werfen, wenn man selbst im Glashause sitzt.

Süddeutschland. Die die sozialdemokratisch organisierten Bergarbeiter angehen wurden. In der schwarzen Presse geht die Eigenartigkeit um, daß die sozialdemokratischen Zeitungen über den Erfolg des oberbergischen Bergarbeiterstreiks ihren Lesern die Unwahrheit berichten und daß die Streikleiter die Bergarbeiter in gleicher Weise angehen hätten.

In der schwarzen Presse geht die Eigenartigkeit um, daß die sozialdemokratischen Zeitungen über den Erfolg des oberbergischen Bergarbeiterstreiks ihren Lesern die Unwahrheit berichten und daß die Streikleiter die Bergarbeiter in gleicher Weise angehen hätten.

1. Afsenfahrer, Kesselpoker und Hilfsarbeiter erfahren bis 1. Febr. 1911 eine Aufbesserung. 2. Die vorgebrachten übrigen Wünsche bezüglich der übrigen Kategorien werden geprüft und nach Möglichkeit und Billigkeit bei besserer Konjunktur berücksichtigt.

Die Arbeit wird mit 27. Dezember wieder aufgenommen. Die Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses wird als nicht geschieden betrachtet.

Die Arbeit wird mit 27. Dezember wieder aufgenommen. Die Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses wird als nicht geschieden betrachtet.

Die Arbeit wird mit 27. Dezember wieder aufgenommen. Die Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses wird als nicht geschieden betrachtet.

Die Arbeit wird mit 27. Dezember wieder aufgenommen. Die Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses wird als nicht geschieden betrachtet.

Die Arbeit wird mit 27. Dezember wieder aufgenommen. Die Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses wird als nicht geschieden betrachtet.

Die Arbeit wird mit 27. Dezember wieder aufgenommen. Die Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses wird als nicht geschieden betrachtet.

Die Arbeit wird mit 27. Dezember wieder aufgenommen. Die Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses wird als nicht geschieden betrachtet.

Die Arbeit wird mit 27. Dezember wieder aufgenommen. Die Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses wird als nicht geschieden betrachtet.

Die Arbeit wird mit 27. Dezember wieder aufgenommen. Die Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses wird als nicht geschieden betrachtet.

Die Arbeit wird mit 27. Dezember wieder aufgenommen. Die Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses wird als nicht geschieden betrachtet.



